

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/7338 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2018

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/1371). Die so genannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2017 bei 53 Prozent (2016: 71,4 Prozent) gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 43,4 Prozent. Die Statistikbehörde der EU „eurostat“ verwendet ebenfalls eine um formelle Entscheidungen bereinigte „Anerkennungsrate“, diese lag nach ihren Berechnungen im Jahr 2017 für Deutschland bei 50 Prozent (Pressemitteilung 67/2018).

Hinzu kommen noch Anerkennungen durch die Gerichte nach zunächst negativer Entscheidung des BAMF. 45,5 Prozent aller Asylklagen bei den Verwaltungsgerichten endeten 2017 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“ (Bundestagsdrucksache 19/1371, Antwort zu Frage 14), z. B. wenn Einzelverfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiter verfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird – letzteres war im Jahr 2017 4 582 Mal der Fall (ebd., Antwort zu Frage 16c). Solche sonstigen Verfahrenserledigungen erfolgen nicht überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten: Nur 9 Prozent der sonstigen Verfahrenserledigungen im Jahr 2018 (bis Oktober) betrafen Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 17), Asylsuchende mit guten Erfolgsaussichten aus den drei Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Irak machten hingegen 32 Prozent aller formellen Entscheidungen aus. Auch erfolgreiche Dublin-Klagen mit dem Ergebnis, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gelten statistisch als „sonstige Erledigungen“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 26). Werden formelle Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2017 in Höhe von 40,8 Prozent (2016:

29,4 Prozent, 2015: 12,6 Prozent, Bundestagsdrucksachen 18/12623 und 18/8450), im Jahr 2018 (bis Oktober) lag die Quote bei 31,7 Prozent. Bei syrischen und afghanischen Geflüchteten betrug die Erfolgsquote bei den Gerichten im Jahr 2017 sogar 62 bzw. 61 Prozent. „Eurostat“ nennt für das Jahr 2017 bei „endgültigen Berufungsbescheiden“ im Gerichtsverfahren eine Anerkennungsrate in Höhe von 40 Prozent (a. a. O.).

Der Sprecher des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, Johannes Dimroth, bezeichnete auf der Regierungspressekonferenz vom 23. März 2018 die Zahl einer Erfolgsquote im Gerichtsverfahren in Höhe von 40 Prozent als „schlichtweg falsch“. Tatsächlich erfolgreich sei nur „etwas mehr als ein Fünftel der Klagen“, die Differenz ergebe sich aus Verfahrenserledigungen in Fällen mit wenig oder gar keinen Erfolgsaussichten. Es gebe zwar eine Zunahme der Klagen in absoluten Zahlen, aber bei der „relativen Klagequote“ sei „keine signifikante Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren zu erkennen“. Dies stimmt nicht mit den Angaben der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen der Fraktion DIE LINKE. überein: Die relative Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF hat sich mit 73,4 bzw. 75,6 Prozent in den Jahren 2017 bzw. 2018 gegenüber den Jahren 2015 und 2016 in etwa verdoppelt (31,9 bzw. 39,7 Prozent), auch gegenüber den Jahren 2012 bis 2014 (55,8 bis 58,5 Prozent) ist ein deutlicher Anstieg der relativen Klagequote festzustellen.

Sowohl der Anstieg der Klagequoten als auch die hohen Erfolgsquoten von Geflüchteten bei den Gerichten sind nach Ansicht der Fragestellenden Indizien für eine große Zahl mangelhafter und rechtswidriger Entscheidungen des BAMF. Zu einem ähnlichen Befund kam offenbar, zumindest intern, auch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ (Nr. 14/2018, Seite 5: „Schneller abschieben“) berichtete über eine „interne Analyse“ im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, nach der es ein „schwerer Fehler“ gewesen sei, die Asylanörungen im BAMF „auf Teufel komm raus zu beschleunigen“; viele Entscheidungen seien deshalb fehlerhaft und beschäftigten nun massenhaft die Verwaltungsgerichte; die mangelnde Sorgfalt beim BAMF zahle sich nicht aus, beschleunigen solle man lieber an anderer Stelle. Ende 2017 waren 361 059 Klagen bzw. insgesamt 372 443 Verfahren im Asylbereich bei allen Gerichten anhängig (Bundestagsdrucksache 19/1371, Antwort zu den Fragen 14 und 14d).

444 Asylsuchende waren im Jahr 2017 (2016: 273) von Asyl-Flughafenverfahren betroffen. Im Ergebnis wurde 127 Schutzsuchenden (2016: 68) nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt (Bundestagsdrucksachen 19/1371, Antwort zu Frage 13 und 18/11262, Antwort zu Frage 10).

45 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2017 waren minderjährig (2016: 36,2 Prozent). 4,6 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2016: 5 Prozent), bei denen die bereinigte Gesamtschutzquote zwischen 78,9 und 88,6 Prozent lag (Bundestagsdrucksachen 19/1371, Antwort zu Frage 9 und 18/11262, Antwort zu Frage 6).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung – darunter Familienasyl –, internationaler Flüchtlingsschutz – darunter Familienschutz –, subsidiärer Schutz – darunter Familienschutz –, nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien und die Türkei sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?

Die Fragen 1a und die Quote zu Frage 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

4. Quartal 2018	Asylberechtigung Art. 16a Grund- gesetz (GG)		Flüchtlingsschutz § 3 I Asylgesetz (AsylG)		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII Aufent- haltsgesetz (AufenthG)		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	680	1,4%	11.941	23,7%	5.689	11,3%	1.749	3,5%	20.059	39,8%	55,9%
darunter:											
Syrien	110	0,9%	6.193	51,3%	4.180	34,6%	74	0,6%	10.557	87,5%	99,9%
Irak	26	0,5%	1.366	26,3%	162	3,1%	275	5,3%	1.829	35,2%	50,0%
Iran	87	2,5%	638	18,0%	65	1,8%	29	0,8%	819	23,2%	32,7%
Türkei	195	7,2%	1.107	41,0%	12	0,4%	10	0,4%	1.324	49,1%	53,8%
Afghanistan	7	0,2%	481	13,9%	198	5,7%	700	20,2%	1.386	40,0%	61,4%
Nigeria	11	0,4%	125	4,4%	28	1,0%	135	4,8%	299	10,6%	18,4%
Ungeklärt	36	3,0%	469	39,6%	93	7,9%	27	2,3%	625	52,8%	72,3%
Somalia	10	0,6%	473	27,3%	97	5,6%	104	6,0%	684	39,5%	64,0%
Eritrea	8	0,6%	458	31,7%	505	34,9%	70	4,8%	1.041	72,0%	92,7%
Russische Föderation	87	5,1%	17	1,0%	25	1,5%	25	1,5%	154	9,1%	15,4%
Guinea	3	0,3%	80	8,1%	9	0,9%	33	3,4%	125	12,7%	19,7%
Georgien	-	-	1	0,1%	1	0,1%	8	0,9%	10	1,1%	1,5%
Pakistan	-	-	27	2,7%	4	0,4%	16	1,6%	47	4,7%	8,9%
Albanien	-	-	-	-	1	0,1%	3	0,4%	4	0,5%	1,0%
Aserbaidshan	11	1,4%	20	2,6%	4	0,5%	10	1,3%	45	5,7%	9,8%
Serbien	-	-	-	-	-	-	4	0,6%	4	0,6%	1,2%
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	3	0,5%	3	0,5%	0,9%
Kosovo	-	-	1	0,4%	1	0,4%	4	1,5%	6	2,2%	4,5%
Ghana	-	-	2	0,8%	1	0,4%	3	1,2%	6	2,4%	3,8%
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	1	0,5%	1	0,5%	1,2%
Senegal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Algerien	-	-	3	0,8%	2	0,5%	2	0,5%	7	1,9%	4,3%
Marokko	-	-	5	1,3%	3	0,8%	5	1,3%	13	3,4%	6,2%
Tunesien	2	1,0%	-	-	2	1,0%	-	-	4	2,0%	4,3%
Armenien	-	-	3	0,6%	8	1,5%	15	2,8%	26	4,9%	7,5%

4. Quartal 2018	absolut	Anteil	Quote zu Frage 1b
Asylberechtigung	680	1,4%	1,9%
darunter Familienschutz	143	0,3%	0,4%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	11.941	23,7%	33,3%
darunter Familienschutz	9.244	18,4%	25,7%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	5	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	789	1,6%	2,2%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	3.857	7,7%	10,7%
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.038	2,1%	2,9%
Summe subsidiärer Schutz	5.689	11,4%	15,8%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.567	3,1%	4,4%
§ 60 VII AufenthG	182	0,4%	0,5%
Summe Abschiebungsverbot	1.749	3,5%	4,9%
Gesamtsschutz	20.059	39,8%	55,9%

2018	Asylberechtigung Art. 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.841	1,3%	38.527	17,8%	25.055	11,6%	9.548	4,4%	75.971	35,0%	50,2%
darunter:											
Syrien	638	1,5%	17.607	40,1%	17.411	39,7%	274	0,6%	35.930	81,9%	99,8%
Irak	57	0,3%	4.254	21,2%	828	4,1%	1.330	6,6%	6.469	32,3%	45,9%
Iran	268	2,3%	2.178	19,1%	173	1,5%	96	0,8%	2.715	23,8%	34,3%
Nigeria	43	0,3%	751	5,8%	127	1,0%	888	6,8%	1.809	13,9%	23,7%
Türkei	686	7,5%	2.980	32,7%	47	0,5%	59	0,6%	3.772	41,4%	46,7%
Afghanistan	34	0,2%	2.256	12,1%	822	4,4%	3.869	20,8%	6.981	37,5%	52,1%
Eritrea	215	2,8%	2.024	26,6%	2.822	37,1%	277	3,6%	5.338	70,2%	94,1%
Somalia	27	0,3%	1.893	23,2%	795	9,7%	655	8,0%	3.370	41,3%	65,8%
Ungeklärt	121	2,3%	1.488	27,9%	436	8,2%	132	2,5%	2.177	40,9%	58,4%
Russische Föderation	389	4,8%	207	2,5%	144	1,8%	157	1,9%	897	11,0%	18,2%
Georgien	2	0,0%	7	0,1%	9	0,2%	44	0,9%	62	1,2%	1,5%
Guinea	14	0,4%	319	8,2%	53	1,4%	225	5,8%	611	15,7%	24,4%
Pakistan	9	0,2%	118	2,4%	17	0,4%	69	1,4%	213	4,4%	7,4%
Albanien	1	0,0%	6	0,2%	8	0,2%	25	0,8%	40	1,2%	2,2%
Aserbaidshan	20	0,6%	117	3,6%	24	0,7%	57	1,8%	218	6,7%	11,3%
Serbien	-	-	2	0,1%	1	0,0%	17	0,6%	20	0,7%	1,5%
Nordmazedonien	-	-	2	0,1%	4	0,2%	16	0,6%	22	0,8%	1,6%
Kosovo	-	-	1	0,1%	1	0,1%	28	1,9%	30	2,0%	4,3%
Ghana	-	-	17	1,4%	8	0,7%	37	3,0%	62	5,1%	7,8%
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	2	0,2%	5	0,6%	7	0,8%	1,8%
Senegal	2	0,4%	3	0,7%	3	0,7%	3	0,7%	11	2,4%	5,6%
Montenegro	-	-	-	-	-	-	1	0,3%	1	0,3%	0,5%
Algerien	-	-	12	0,6%	12	0,6%	14	0,7%	38	1,8%	4,4%
Marokko	1	0,1%	31	1,8%	9	0,5%	32	1,8%	73	4,1%	8,0%
Tunesien	5	0,6%	4	0,5%	7	0,8%	3	0,4%	19	2,2%	5,2%
Armenien	-	-	28	0,9%	38	1,2%	106	3,2%	172	5,3%	8,0%

2018	absolut	Anteil	Quote zu Frage 1b
Asylberechtigung	2.841	1,3%	1,9%
darunter Familienschutz	404	0,2%	0,3%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	38.527	17,8%	25,5%
darunter Familienschutz	25.864	11,9%	17,1%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	47	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	4.172	1,9%	2,8%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	17.260	8,0%	11,4%
§ 4 I AsylG Familienschutz	3.576	1,6%	2,4%
Summe subsidiärer Schutz	25.055	11,6%	16,6%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	8.704	4,0%	5,8%
§ 60 VII AufenthG	844	0,4%	0,6%
Summe Abschiebungsverbot	9.548	4,4%	6,4%
Gesamtsschutz	75.971	35,0%	50,2%

- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen im vierten Quartal 2018?

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für das vierte Quartal 2018 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

4.Quartal 2018 – Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	1
Einstellung wg. § 33 I u. II, § 32a II AsylG	532
nicht erforderlich, Dublin	120
sonstige Einstellung	717
Ungeprüft, da sicherer Drittstaat	1
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	6.641
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	2.196
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	10
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	2
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	706
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	3.528

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes – AsylG (GFK) im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

4. Quartal 2018	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspezifische Verfolgung		davon geschlechtsspezifische Verfolgung
Staatsangehörigkeiten gesamt	11.941	9.244	1.680	297	745	445
darunter:						
Syrien	6.193	5.952	142	22	33	12
Irak	1.366	1.279	12	0	55	15
Iran	638	165	418	68	36	18
Türkei	1.107	245	825	119	5	4
Afghanistan	481	320	17	4	128	48
Nigeria	125	66	7	5	38	32
Ungeklärt	469	257	80	10	72	14
Somalia	473	222	9	7	229	199
Eritrea	458	427	17	4	9	9
Russische Föderation	17	8	6	0	3	3
Guinea	80	29	2	2	45	43
Georgien	1	0	0	0	1	1
Pakistan	27	24	2	0	1	0
Albanien	0	0	0	0	0	0
Aserbaidshan	20	11	8	7	0	0

2018	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts- spezifische Verfolgung		davon geschlechts- spezifische Verfolgung
Staatsangehörigkeiten gesamt	38.527	25.864	7.447	1.181	4.140	2.407
darunter:						
Syrien	17.607	15.896	1.236	162	224	79
Irak	4.254	3.721	89	14	375	119
Iran	2.178	469	1.551	258	101	61
Nigeria	751	275	33	26	384	331
Türkei	2.980	501	2.337	257	31	29
Afghanistan	2.256	1.090	160	41	913	314
Eritrea	2.024	1.256	680	119	36	32
Somalia	1.893	751	33	19	1.027	802
Ungeklärt	1.488	735	423	71	204	73
Russische Föderation	207	100	80	10	24	19
Georgien	7	2	0	0	5	1
Guinea	319	93	20	14	188	170
Pakistan	118	76	12	2	28	16
Albanien	6	4	0	0	2	2
Aserbaidshan	117	47	59	8	5	2

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkann-ter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlings-status nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), wie viele dieser erteilen Status betrafen in Deutschland geborene Kinder, und wel-che ungefähren Einschätzungen können im BAMF dazu gemacht werden, wie viele Asylanträge von zuvor im Wege des legalen Familiennachzugs eingereisten Personen stammen (bitte erläutern und so differenziert wie möglich darlegen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	
§ 26 AsylG Anerkennung	143
davon	
in DE geborene Kinder	47
§ 3 I AsylG Familienschutz	9.244
davon	
in DE geborene Kinder	4.789
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.038
davon	
in DE geborene Kinder	852

Jahr 2018	
§ 26 AsylG Anerkennung	404
davon	
in DE geborene Kinder	149
§ 3 I AsylG Familienschutz	25.864
davon	
in DE geborene Kinder	13.327
§ 4 I AsylG Familienschutz	3.576
davon	
in DE geborene Kinder	2.915

Aussagen über Antragsteller, die zuvor über den Familiennachzug eingereist sind, können nicht gemacht werden.

- c) Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen waren legal eingereist oder lebten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung mit rechtmäßigem Aufenthaltstitel (welchem) oder mit einer Duldung in Deutschland (bitte so differenziert wie möglich angeben und auch nach den zehn wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren)?

Im gesamten Jahr 2018 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 138 516 Personen erfasst, die einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. Die weiteren Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	4. Quartal 2018	2018 gesamt
Gesamt	2.030	30.899
davon:		
Aufenthaltserlaubnis – familiären Gründen	634	18.338
Duldung	1.353	9.522
Aufenthaltserlaubnis – völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	33	2.342
Aufenthaltserlaubnis – Ausbildung	2	367
Aufenthaltserlaubnis – Besondere Aufenthaltsrechte	8	292
Aufenthaltserlaubnis – Erwerbstätigkeit		34
EU-Aufenthaltsrechte		4

Asylantragstellung während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	4. Quartal 2018	2018 gesamt
Alle Staatsangehörigkeiten	2.030	30.899
darunter		
Syrien	545	15.656
Irak	199	3.908
Afghanistan	174	1.823
Ungeklärt	70	1.201
Eritrea	71	832
Somalia	61	745
Iran	97	607
Pakistan	87	551
Russische Föderation	66	529
Staatenlos	18	470

- d) Wird sich die Bundesregierung trotz bislang vergeblicher Bemühungen weiterhin auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die Erteilung eines Familienflüchtlingsschutzes im Rahmen der geplanten Qualifikations-Verordnung möglich sein wird, vor dem Hintergrund, dass im dritten Quartal 2018 dieser Status einen Anteil von 78 Prozent an allen erteilten GFK-Status ausmachte (Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 1a) und dass dieser Status den Angehörigen mehr Sicherheit, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht und eine familieneinheitliche Statusgewährung bietet, was wesentliche Vorteile gegenüber dem derzeit noch vorgesehenen Aufenthaltstitel mit weitgehend statusgleichen Rechten sind (bitte begründen, Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu Frage 2c auf Bundestagsdrucksache 19/6786)?

Die Bundesregierung verhandelt weiterhin über einen eigenen Schutzstatus für Familienangehörige von Schutzberechtigten (Familienasyl) auf EU-Ebene und setzt sich hierfür unverändert ein. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2c der Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/6786 verwiesen.

3. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Somalia, Nigeria und Türkei im Jahr 2018, differenziert nach Bundesländern (bitte jeweils auch die absolute Fallzahl der Entscheidungen in den jeweiligen Bundesländern und Gesamtzahlen für alle Bundesländer nennen), und wie waren die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen in Bezug auf diese Herkunftsländer im Jahr 2018, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 80 entsprechenden Entscheidungen im Jahr 2018 auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren)?

Zu den Gründen für abweichende Schutzquoten in den Bundesländern sowie zwischen Organisationseinheiten hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in zahlreichen Kleinen Anfragen bereits Stellung genommen (unter anderem auf Bundestagsdrucksachen 18/13670, 19/385, 19/1371, 19/3148 und 19/6786). Unterschiede in der Entscheidungspraxis lassen sich im Allgemeinen auf vielfältige Gründe zurückführen.

Insbesondere zu nennen sind hier nach Erkenntnis des BAMF:

Merkmale des Antragstellers (z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand), örtliche Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, unterschiedlich hohes Aufkommen verschiedener Personengruppen sowie Unterschiede in der regionalen Verteilung. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Differenziert nach Bundesländern:

2018 Afghanistan	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	931	35,9%	43,4%
Bayern	635	35,6%	57,1%
Berlin	399	37,9%	53,5%
Brandenburg	200	29,9%	42,7%
Bremen	34	25,6%	44,2%
Hamburg	403	37,9%	53,7%
Hessen	879	40,8%	52,8%
Mecklenburg- Vorpommern	232	49,5%	82,9%
Niedersachsen	595	37,5%	49,2%
Nordrhein-Westfalen	1.205	41,9%	54,4%
Rheinland-Pfalz	338	39,0%	54,2%
Saarland	28	26,9%	62,2%
Sachsen	184	27,3%	49,6%
Sachsen-Anhalt	204	41,0%	72,1%
Schleswig-Holstein	476	30,3%	45,3%
Thüringen	238	46,3%	69,2%
Gesamt	6.981	37,5%	52,1%

2018 Irak	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	648	27,0%	37,8%
Bayern	552	21,4%	33,2%
Berlin	176	24,4%	38,2%
Brandenburg	6	3,0%	5,9%
Bremen	67	50,0%	62,6%
Hamburg	207	36,7%	53,9%
Hessen	263	26,1%	39,8%
Mecklenburg- Vorpommern	40	16,9%	34,2%
Niedersachsen	1.728	48,3%	60,0%
Nordrhein-Westfalen	2.113	37,5%	50,0%
Rheinland-Pfalz	36	11,1%	17,8%
Saarland	36	28,1%	50,7%
Sachsen	144	21,9%	41,5%
Sachsen-Anhalt	18	8,2%	20,2%
Schleswig-Holstein	309	27,5%	39,8%
Thüringen	126	24,0%	42,0%
Gesamt	6.469	32,3%	45,9%

2018 Iran	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	288	25,1%	34,9%
Bayern	96	9,6%	15,0%
Berlin	101	19,1%	27,3%
Brandenburg	30	9,0%	12,3%
Bremen	23	26,4%	36,5%
Hamburg	114	23,3%	35,3%
Hessen	258	21,3%	31,7%
Mecklenburg- Vorpommern	102	46,8%	57,3%
Niedersachsen	345	26,9%	35,6%
Nordrhein-Westfalen	652	24,8%	37,1%
Rheinland-Pfalz	237	32,8%	43,6%
Saarland	29	48,3%	70,7%
Sachsen	65	21,0%	32,2%
Sachsen-Anhalt	53	15,3%	27,0%
Schleswig-Holstein	271	34,0%	44,4%
Thüringen	51	18,9%	39,2%
Gesamt	2.715	23,8%	34,3%

2018 Somalia	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	418	41,2%	57,9%
Bayern	517	36,3%	53,6%
Berlin	59	40,4%	74,7%
Brandenburg	56	28,4%	48,7%
Bremen	34	50,0%	75,6%
Hamburg	101	43,2%	66,9%
Hessen	669	49,2%	75,1%
Mecklenburg- Vorpommern	71	47,7%	80,7%
Niedersachsen	290	44,1%	73,0%
Nordrhein-Westfalen	446	38,9%	70,8%
Rheinland-Pfalz	331	41,1%	66,2%
Saarland	7	30,4%	63,6%
Sachsen	76	40,4%	61,3%
Sachsen-Anhalt	50	29,4%	57,5%
Schleswig-Holstein	149	43,8%	80,5%
Thüringen	96	40,0%	74,4%
Gesamt	3.370	41,3%	65,8%

2018 Nigeria	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	388	11,1%	17,8%
Bayern	616	12,5%	20,8%
Berlin	16	19,5%	45,7%
Brandenburg	2	1,8%	5,3%
Bremen	6	21,4%	75,0%
Hamburg	3	5,0%	15,0%
Hessen	63	13,9%	27,8%
Mecklenburg- Vorpommern	9	29,0%	42,9%
Niedersachsen	61	19,6%	37,7%
Nordrhein-Westfalen	564	22,9%	36,6%
Rheinland-Pfalz	21	4,5%	11,7%
Saarland	1	2,0%	3,8%
Sachsen	21	15,6%	31,8%
Sachsen-Anhalt	3	2,5%	6,4%
Schleswig-Holstein	8	7,9%	16,3%
Thüringen	27	14,9%	43,5%
Gesamt	1.809	13,9%	23,7%

2018 Türkei	Gesamtzuschutz absolut	Anteil Gesamtzuschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	568	42,5%	46,6%
Bayern	314	41,4%	46,0%
Berlin	117	22,7%	27,1%
Brandenburg	49	23,4%	26,6%
Bremen	4	4,8%	5,9%
Hamburg	23	16,7%	18,9%
Hessen	545	42,6%	48,6%
Mecklenburg- Vorpommern	24	33,3%	47,1%
Niedersachsen	250	30,8%	35,3%
Nordrhein-Westfalen	1.265	56,0%	61,7%
Rheinland-Pfalz	219	44,2%	49,2%
Saarland	19	32,8%	38,0%
Sachsen	142	32,9%	37,9%
Sachsen-Anhalt	40	21,9%	26,1%
Schleswig-Holstein	84	32,2%	36,2%
Thüringen	109	49,3%	58,3%
Gesamt	3.772	41,4%	46,7%

Differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF:

2018	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	18.627	52,1%
AS Ingelheim/Bingen	105	85,1%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	138	81,3%
AS Nostorf-Horst, LAS	355	80,5%
AZ Bonn	255	73,5%
AZ Suhl	310	70,0%
AZ Dortmund	126	68,3%
AZ Berlin	182	66,1%
AS Dortmund, LAS	367	63,8%
AS München	761	63,7%
AZ Bramsche	251	62,8%
AZ Heidelberg	267	60,9%
AZ Mönchengladbach	140	60,8%

2018	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
AS Diez	195	60,1%
AZ Halberstadt, LAS	524	59,2%
AS Ellwangen	180	59,1%
AZ Gießen, LAS	1.041	59,0%
AS Freiburg	104	58,8%
AZ Bad Fallingbommel	159	58,3%
AZ Dresden	178	58,0%
AS Augsburg	197	58,0%
Entscheidungszentrum West	263	57,9%
AZ Trier	174	57,5%
AS Düsseldorf	128	56,9%
AS Berlin, LAS	537	56,0%
AS Mühlhausen/Th.	121	55,8%
AS Trier, LAS	242	55,6%
AZ Hamburg, LAS	743	55,2%
AS Büdingen	348	54,0%
AS Karlsruhe 2	111	53,7%
Entscheidungszentrum Südwest	312	53,6%
AZ Münster	166	52,7%
AS Essen	146	51,6%
AS Rendsburg	150	51,2%
AZ Leipzig	106	50,0%
AS Sigmaringen	103	50,0%
AZ Neumünster-Haart, LAS	244	49,7%
AS Friedland, LAS	131	49,6%
AS Karlsruhe 1, LAS	165	48,4%
AZ Stern-Buchholz	112	48,4%
AS Oldenburg	154	48,2%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	278	46,8%
AS Schweinfurt	233	46,4%
AZ Eisenhüttenstadt	338	44,9%
AS Neumünster-Boostedt	494	43,7%
AZ Bielefeld	414	42,1%
AZ Gießen – Offenbach	439	41,1%
AZ Lebach, LAS	188	40,5%
AZ Bremen, LAS	86	40,3%

2018	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
AZ Chemnitz, LAS	410	40,1%
Entscheidungszentrum Ost	1.737	39,5%
AS Neustadt	111	37,9%
AS Kiel	192	37,4%
AS Deggendorf	196	34,9%
AS Manching	223	34,7%
AS Zirndorf	481	32,9%
32D Dublinzentrum Berlin	905	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	646	-
32E Dublinzentrum Dortmund	620	-

2018	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	20.033	45,9%
AS Augsburg	88	75,0%
AZ Bremen, LAS	103	65,3%
AS Oldenburg	651	64,8%
AZ Dresden	171	63,3%
AS Freiburg	117	62,5%
AZ Bramsche	577	61,8%
AS Friedland, LAS	243	61,6%
AS Neustadt	97	61,1%
31B Nürnberg	263	59,5%
AS München	152	59,5%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	93	59,4%
AS Karlsruhe 1, LAS	176	56,8%
AS Dortmund, LAS	757	56,3%
AS Ellwangen	142	55,8%
Entscheidungszentrum Ost	2.096	55,7%
AZ Bonn	556	55,0%
AZ Bielefeld	1.070	55,0%
AZ Leipzig	170	50,5%
AZ Dortmund	422	49,8%
AZ Bad Fallingb. ostel	607	49,8%
AZ Hamburg, LAS	359	48,6%

2018	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
AS Düsseldorf	134	46,8%
AS Büdingen	146	45,5%
AS Sigmaringen	159	44,5%
AZ Lebach, LAS	124	44,1%
AZ Gießen, LAS	638	44,0%
AZ Berlin	188	42,8%
AS Neumünster-Boostedt	363	41,9%
Entscheidungszentrum West	95	40,9%
AS Deggendorf	189	40,8%
AZ Suhl	310	40,7%
AS Berlin, LAS	313	38,4%
AS Karlsruhe 2	86	37,3%
AZ Neumünster-Haart, LAS	330	37,0%
AZ Stern-Buchholz	232	36,5%
AS Essen	317	33,9%
AZ Münster	242	32,8%
AZ Mönchengladbach	349	31,3%
AZ Gießen – Offenbach	199	31,0%
AZ Heidelberg	540	28,4%
AS Zirndorf	1.341	27,8%
AS Kiel	125	26,4%
AZ Chemnitz, LAS	227	24,8%
AS Regensburg	698	21,3%
AZ Halberstadt, LAS	155	17,9%
AZ Trier	221	17,5%
AS Schweinfurt	102	11,8%
AZ Eisenhüttenstadt	116	4,7%
32F Dublinzentrum Bayreuth	1.016	-
32E Dublinzentrum Dortmund	969	-
32D Dublinzentrum Berlin	737	-

2018	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	11.430	34,3%
AS Ingelheim/Bingen	88	82,6%
AS Nostorf-Horst, LAS	185	59,1%
AS Trier, LAS	133	57,7%
AZ Dortmund	176	50,0%
AS Neumünster-Boostedt	207	49,4%
AZ Bonn	259	48,8%
AS Dortmund, LAS	256	45,9%
AS Berlin, LAS	124	45,3%
AS Büdingen	89	44,0%
AS Essen	123	43,6%
AS Kiel	106	43,1%
AZ Neumünster-Haart, LAS	285	41,9%
AZ Bramsche	164	40,3%
AZ Münster	221	40,2%
Entscheidungszentrum West	141	38,4%
AZ Bad Fallingb. Ostel	107	38,0%
Entscheidungszentrum Ost	1.141	37,7%
AZ Suhl	178	37,4%
AZ Gießen, LAS	653	33,3%
AZ Hamburg, LAS	283	33,2%
AZ Mönchengladbach	161	32,8%
AZ Halberstadt, LAS	321	26,8%
AZ Trier	294	25,3%
AZ Heidelberg	379	24,6%
AZ Gießen – Offenbach	134	24,0%
AZ Berlin	143	16,5%
AZ Bielefeld	292	15,5%
AS Frankfurt/Flughafen	120	13,9%
AS Zirndorf	790	13,8%
AZ Chemnitz, LAS	183	11,6%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	262	11,6%
AZ Bamberg	105	6,7%
32E Dublinzentrum Dortmund	1.059	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	770	-
32D Dublinzentrum Berlin	707	-

2018	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	8.168	65,8%
AS Ingelheim/Bingen	151	89,5%
AS Neumünster-Boostedt	125	88,9%
AZ Bonn	131	87,5%
AZ Mönchengladbach	80	84,9%
AS Berlin, LAS	108	84,4%
AS Dortmund, LAS	110	78,8%
AS München	276	78,1%
AZ Bramsche	102	77,9%
AZ Neumünster-Haart, LAS	81	77,0%
AZ Gießen, LAS	811	76,4%
AZ Stern-Buchholz	196	75,7%
AS Diez	116	75,2%
AS Büdingen	173	70,9%
AZ Gießen – Offenbach	187	70,6%
AZ Hamburg, LAS	163	69,8%
AS Trier, LAS	177	69,8%
AZ Chemnitz, LAS	87	69,7%
AZ Suhl	149	64,8%
AZ Eisenhüttenstadt	83	62,0%
AS Karlsruhe 1, LAS	95	60,5%
AZ Heidelberg	131	59,7%
AZ Bielefeld	179	59,7%
AZ Halberstadt, LAS	146	54,5%
Entscheidungszentrum Ost	868	51,7%
AS Schweinfurt	648	50,9%
AS Essen	93	43,4%
AZ Trier	128	42,3%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	85	37,0%
AS Zirndorf	100	24,4%
32F Dublinzentrum Bayreuth	530	-
32E Dublinzentrum Dortmund	462	-
32D Dublinzentrum Berlin	225	-

2018	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	13.035	23,7%
AZ Dortmund	205	50,3%
AS Dortmund, LAS	406	44,2%
AZ Gießen – Offenbach	258	43,1%
AZ Suhl	159	40,0%
AZ Bonn	130	33,9%
AZ Mönchengladbach	86	33,9%
AS Essen	148	33,6%
Entscheidungszentrum West	137	32,7%
AZ Münster	206	32,3%
AS Regensburg	169	32,0%
AZ Gießen, LAS	228	31,5%
AS Düsseldorf	109	31,5%
AS Karlsruhe 1, LAS	185	29,9%
Entscheidungszentrum Ost	1.105	28,8%
AS Augsburg	173	28,0%
AZ Bielefeld	149	20,4%
AS Deggendorf	412	20,2%
AS München	2.123	17,8%
AS Ellwangen	152	15,7%
AS Zirndorf	159	13,5%
AZ Trier	212	10,6%
AS Manching	271	7,8%
AS Karlsruhe 2	84	6,7%
AZ Heidelberg	773	2,9%
32F Dublinzentrum Bayreuth	2.713	-
32E Dublinzentrum Dortmund	910	-
32D Dublinzentrum Berlin	352	-

2018	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten gesamt	9.117	46,7%
AS Essen	154	78,0%
AZ Suhl	271	67,2%
AS Ellwangen	120	67,0%
AZ Bielefeld	291	66,3%
AZ Münster	425	62,1%
AZ Dortmund	139	62,1%
AZ Mönchengladbach	195	61,8%
AZ Bonn	447	60,8%
AZ Dresden	274	60,2%
AS Dortmund, LAS	94	54,8%
AZ Heidelberg	579	53,9%
AZ Gießen, LAS	978	53,5%
AZ Neumünster-Haart, LAS	102	51,0%
AS Augsburg	603	47,0%
AZ Leipzig	156	46,1%
AZ Trier	410	45,4%
AS Neustadt	156	42,2%
AZ Bad Fallingb. Ostel	123	39,8%
AZ Bramsche	131	37,9%
AS Oldenburg	82	37,5%
AZ Gießen – Offenbach	324	37,0%
AZ Berlin	201	35,9%
Entscheidungszentrum Ost	322	35,3%
AS Nostorf-Horst, LAS	82	32,4%
AZ Eisenhüttenstadt	125	28,1%
AS Schweinfurt	110	27,8%
AZ Halberstadt, LAS	194	27,4%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	82	22,1%
AS B. üdingen	131	20,8%
AZ Chemnitz, LAS	272	17,4%
AZ Hamburg, LAS	99	12,4%
AS Berlin, LAS	115	10,8%
AZ Bremen, LAS	96	8,7%

2018	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
32E Dublinzentrum Dortmund	254	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	230	-
32D Dublinzentrum Berlin	112	-

4. Welches waren die jeweils 15 Organisationseinheiten (ab über 300 Entscheidungen) mit den nach oben bzw. unten (bitte kenntlich machen) am stärksten von der so genannten Referenzschutzquote im Jahr 2018 abweichenden Schutzquoten (bitte auf- bzw. absteigend auflisten)?

Die angefragten Abweichungen zwischen ausgewiesener Schutzquote (SQ) und der Referenz-Schutzquote (RSQ) waren in den nachfolgend aufgeführten 15 Organisationseinheiten am stärksten:

Schutzquoten* und Referenz-Schutzquoten* (01.01. bis 31.12.2018)				
Organisationseinheiten	Schutzquote (SQ)	Referenz-Schutzquote (RSQ)	Delta SQ zur bereinigten RSQ	Summe getroffene Entscheidungen
AS Ingelheim/Bingen	81,4%	65,4%	16,1%	832
AS Frankfurt/Flughafen	17,5%	31,7%	14,2%	1.262
AS Eisenhüttenstadt, LAS	30,6%	42,5%	11,9%	2.051
AS Nostorf-Horst, LAS	44,7%	33,2%	11,5%	1.705
AZ Bonn	54,5%	44,7%	9,8%	4.541
AS Manching	13,7%	22,7%	9,0%	1.166
AS Zirndorf	40,7%	49,7%	9,0%	7.813
AZ Chemnitz, LAS	27,3%	36,1%	8,8%	4.044
AS Regensburg	23,9%	32,5%	8,6%	2.318
AZ Eisenhüttenstadt	31,0%	39,5%	8,5%	3.230
AS Jena/Hermsdorf, LAS	74,7%	66,5%	8,1%	1.059
AS Oldenburg	72,2%	64,8%	7,4%	2.148
AS Schweinfurt	35,0%	42,3%	7,3%	2.232
AS Diez	75,1%	68,5%	6,6%	1.417
AZ Trier	36,0%	41,9%	5,9%	3.263

* Bei allen genannten Quoten werden die positiven Entscheidungsarten in Bezug gesetzt zu allen materiellen Entscheidungen, also ohne die formellen Verfahrenserledigungen.

5. Wie werden die deutlich und durchgängig niedrigeren bereinigten Schutzquoten bei identischen Herkunftsländern in den Standorten Zirndorf, Manching, Deggendorf, Eisenhüttenstadt und Chemnitz erklärt (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 3)?

Es gibt keine Einzelfaktoren, die für sich genommen verlässliche Aussagen zu Abweichungen bei Schutzquoten erlauben. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786 verwiesen. Abweichungen der Schutzquoten können von individuellen Merkmalen der Antragsteller, unterschiedlich hohem Aufkommen von Personengruppen oder Unterschieden in der regionalen Verteilung abhängen. Das Bundesamt prüft in jedem Einzelfall, ob die Voraussetzungen für eine Anerkennung der Asylberechtigung, eine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes oder eine Feststellung eines Abschiebungsverbots vorliegen. Für die Entscheidung sind alle verfahrensrelevanten Umstände des jeweiligen Einzelfalls maßgeblich.

6. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2018 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche	Asylerstanträge
Januar 2018	12.285	12.907
Februar 2018	11.007	10.760
März 2018	10.717	10.712
April 2018	10.999	11.385
Mai 2018	11.556	10.849
Juni 2018	12.206	11.509
Juli 2018	13.779	13.194
August 2018	12.931	13.141
September 2018	12.044	11.239
Oktober 2018	13.635	13.001
November 2018	12.633	12.118
Dezember 2018	10.127	8.900
01.01. – 31.12.2018 (kumulierter Wert)*	164.693	161.931

* Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen sind die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert zu addieren.

7. Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 4 487 nicht-aufhältige Personen mit einer Ausreise im Jahr 2018 erfasst, bei denen zum Zeitpunkt der Ausreise noch kein Abschluss des Asylverfahrens gespeichert war. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylbewerber, die im vierten Quartal 2018 ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	Gesamt
Alle Staatsangehörigkeiten	4.487
darunter:	
Moldau (Republik)	354
Albanien	346
Georgien	319
Irak	284
Nordmazedonien	253
Afghanistan	224
Serbien	217
Pakistan	195
Russische Föderation	191
Ukraine	163
Armenien	134
Kosovo	130
Syrien	129
Nigeria	120
Türkei	107

Asylbewerber, die im vierten Quartal 2018 ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	Gesamt
Alle Bundesländer	4.487
darunter:	
Baden-Württemberg	533
Bayern	980
Berlin	322
Brandenburg	171
Bremen	16
Hamburg	82
Hessen	305
Mecklenburg-Vorpommern	81
Niedersachsen	334
Nordrhein-Westfalen	994
Rheinland-Pfalz	219
Saarland	20
Sachsen	182
Sachsen-Anhalt	73
Schleswig-Holstein	110
Thüringen	65

8. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Jahr 2018 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Zeitraum 01.01. – 31.12.2018				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erst- antragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitäts- papieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitäts- papiere	Anteil der Antragsteller ohne Identitäts- papiere
Gesamt	83.633	38.311	45.322	54,2%
darunter:				
Syrien	14.576	11.781	2.795	19,2%
Irak	7.350	4.974	2.376	32,3%
Iran	8.317	4.012	4.305	51,8%
Nigeria	6.377	212	6.165	96,7%
Türkei	6.951	5.544	1.407	20,2%
Afghanistan	4.101	580	3.521	85,9%
Eritrea	2.646	348	2.298	86,8%
Somalia	2.413	85	2.328	96,5%
Ungeklärt	1.867	959	908	48,6%
Russische Föderation	1.944	1.096	848	43,6%
Georgien	2.567	1.423	1.144	44,6%
Guinea	1.992	27	1.965	98,6%
Pakistan	1.578	173	1.405	89,0%
Albanien	1.154	664	490	42,5%
Aserbaidshan	975	599	376	38,6%

* Pass, Passersatz, Personalausweis

9. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2018 (bitte nach Monaten auflisten und Gesamtzahlen nennen) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 wurden insgesamt 11 389 Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren ausgelesen.

Differenzierte Angaben nach Monaten und den 10 wichtigsten Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Monat	Anzahl Datenträger*
Januar	1.043
Februar	835
März	1.082
April	1.038
Mai	947
Juni	935
Juli	992
August	985
September	790
Oktober	989
November	903
Dezember	850

* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem wie z. B. die Einreichung von Pass/Passersatz Dokumenten kann es zu Abweichungen der Daten im Vergleich zu vorherigen Angaben kommen.

Staatsangehörigkeit	Jan 18	Feb 18	Mrz 18	Apr 18	Mai 18	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18	Nov 18	Dez 18
Afghanistan	76	81	72	81	113	121	112	107	78	111	85	84
Eritrea	112	62	239	228	94	75	55	25	29	42	28	22
Irak	59	62	55	44	52	58	55	72	63	77	80	92
Iran	112	61	50	90	72	82	81	131	99	133	146	99
Nigeria	110	116	169	180	182	138	146	138	90	100	100	112
Russische Föderation	20	21	11	18	19	15	19	17	13	12	10	12
Somalia	59	37	61	49	39	34	26	33	23	37	17	33
Syrien	53	49	46	52	44	56	114	91	61	84	62	53
Türkei	31	23	31	20	25	34	45	34	30	32	25	42
Ungeklärt	16	10	20	10	13	19	25	15	16	14	24	20
Gesamt	648	522	754	772	653	632	678	663	502	642	577	569

- a) Zu welchem Anteil verfügten Asylsuchende im Jahr 2018, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 gaben 35 Prozent der persönlichen Erstantragsteller ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von 74 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden.

Asylsuchende werden lediglich unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung im Jahr 2018 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich antworten), und was waren die Gründe für entsprechende Ablehnungen (bitte zumindest die wichtigsten typischen Gründe für eine Ablehnung nennen; eine statistische Auswertung ist diesbezüglich nicht erforderlich)?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 wurden zu den insgesamt 11 389 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren insgesamt 5 431 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 3 308 Datenträger-Auswertungen freigegeben.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Auslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und unter Angabe konkreter Zahlen antworten)?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren dazu, dass bei ungefähr 34 Prozent die Identität der Antragsteller bestätigt und bei ungefähr 2 Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In 64 Prozent der Fälle konnten keine verwertbaren Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

10. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2018 bei 61,9 Prozent (Gesamtjahr 2018: 65,1 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 54,1 Prozent (Gesamtjahr 2018: 54,5 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 58,6 Prozent (Gesamtjahr 2018: 51,9 Prozent).

Die Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formaler Entscheidungen bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2018 bei 67,1 Prozent (Gesamtjahr 2018 bei 64,9 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 58,6 Prozent (Gesamtjahr 2018: 60,1 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 71,3 Prozent (Gesamtjahr 2018: 64,8 Prozent).

Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

		4. Quartal 2018	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		36.295	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre gesamt	17.175	47,3%
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	15.814	43,6%
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	203	0,6%
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	2.440	6,7%
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	1.361	3,7%
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	542	1,5%
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	21	0,1%

		Jahr 2018	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		161.931	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre gesamt	78.298	48,4%
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	71.472	44,1%
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	927	0,6%
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	11.496	7,1%
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	6.826	4,2%
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	3.123	1,9%
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	96	0,1%

11. Wie viele der Asylsuchenden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren) waren so genannte Nachgeborene, d. h. Kinder von bereits hier lebenden Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	7.228	19,9%
darunter:		
Syrien	3.007	31,6%
Irak	648	17,9%
Iran	159	4,6%
Türkei	93	3,6%
Afghanistan	577	24,8%
Nigeria	633	32,4%
Ungeklärt	215	22,4%
Somalia	311	34,9%
Eritrea	393	46,2%
Russische Föderation	171	20,3%

2018	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	32.303	19,9%
darunter:		
Syrien	13.649	30,9%
Irak	2.855	17,5%
Iran	606	5,6%
Nigeria	2.464	24,2%
Türkei	377	3,7%
Afghanistan	2.694	27,1%
Eritrea	1.704	30,6%
Somalia	1.306	25,7%
Ungeklärt	1.052	24,9%
Russische Föderation	731	18,6%

12. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Staatsangehörigkeiten gesamt	761
darunter:	
Afghanistan	128
Guinea	99
Somalia	89
Syrien	86
Eritrea	70
Irak	44
Iran	32
Gambia	25
Türkei	17
Albanien	16
Sierra Leone	14
Pakistan	14
Sudan (ohne Südsudan)	12
Angola	9
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	8

4. Quartal 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	761
darunter:	
Baden-Württemberg	73
Bayern	119
Berlin	16
Brandenburg	19
Bremen	2
Hamburg	29
Hessen	62
Mecklenburg-Vorpommern	17
Niedersachsen	66
Nordrhein-Westfalen	190
Rheinland-Pfalz	59
Saarland	1
Sachsen	24
Sachsen-Anhalt	24
Schleswig-Holstein	38
Thüringen	22

4. Quartal 2018	Entscheidungen über Erstanträge unbegleiteter Minderjähriger				
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsver- bot gem. § 60 V/VII AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	666	-	79	172	118
darunter:					
Afghanistan	130	-	11	8	49
Guinea	68	-	6	1	12
Somalia	118	-	35	12	20
Syrien	66	-	10	47	3
Eritrea	99	-	1	88	6
Irak	41	-	10	-	6
Iran	12	-	1	1	-
Gambia	10	-	-	-	3
Türkei	7	-	3	-	-
Albanien	7	-	-	-	-
Sierra Leone	8	-	1	1	2
Pakistan	4	-	-	-	-
Sudan (ohne Südsudan)	8	-	-	6	-
Angola	1	-	-	-	1
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	6	-	1	-	2

Jahr 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Staatsangehörigkeiten gesamt	4.087
darunter:	
Afghanistan	717
Somalia	576
Guinea	524
Eritrea	478
Syrien	355
Irak	292
Gambia	159
Iran	118
Ungeklärt	61
Sierra Leone	60
Sudan (ohne Südsudan)	55
Nigeria	49
Türkei	47
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	44
Marokko	41

Jahr 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	4.087
darunter:	
Baden-Württemberg	312
Bayern	687
Berlin	168
Brandenburg	117
Bremen	36
Hamburg	134
Hessen	361
Mecklenburg-Vorpommern	81
Niedersachsen	431
Nordrhein-Westfalen	943
Rheinland-Pfalz	210
Saarland	17
Sachsen	189
Sachsen-Anhalt	113
Schleswig-Holstein	187
Thüringen	101

Jahr 2018	Entscheidungen über Erstanträge unbegleiteter Minderjähriger				
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	4.645	-	596	1.061	1.061
darunter:					
Afghanistan	1.434	-	180	93	602
Somalia	669	-	179	146	105
Guinea	421	-	32	17	109
Eritrea	416	-	24	354	14
Syrien	482	-	71	362	7
Irak	337	-	35	28	75
Gambia	109	-	2	3	35
Iran	53	-	10	2	2
Ungeklärt	49	-	18	2	3
Sierra Leone	44	-	5	2	16
Sudan (ohne Südsudan)	41	-	7	23	1
Nigeria	38	-	6	2	9
Türkei	32	-	8	-	-
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	44	-	1	2	17
Marokko	43	-	-	1	2

13. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das vierte Quartal 2018 und das Gesamtjahr 2018 können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	408	25	14	364
nach Grenze				
Frankreich	105		1	103
Belgien	87		1	86
Österreich	75	25		48
Schweiz	50		9	41
Dänemark	24			24
Seehäfen	23			23
Tschechische Republik	16			16
Flughäfen	8			6
Luxemburg	8			8
Polen	7		3	4
Niederlande	5			5
nach Staatsangehörigkeit (Top-5)				
Guinea	90			90
Afghanistan	63	12	1	50
Marokko	29			29
Algerien	26		5	21
Somalia	22	1		20

Jahr 2018	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgewiesen	davon zurückgeschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	1.871	128	56	1.659
nach Grenze				
Frankreich	434		13	418
Schweiz	406		29	368
Österreich	315	122	1	188
Belgien	313		1	310
Dänemark	160			160
Seehäfen	73			73
Tschechische Republik	59		6	51
Flughäfen	50	6		39
Niederlande	24		3	21
Luxemburg	20			20
Polen	17		3	11
nach Staatsangehörigkeit (Top-5)				
Afghanistan	303	54	2	244
Guinea	239	3	1	233
Eritrea	194	11	11	169
Somalia	188	4	3	175
Marokko	172	3	4	165

Etwaige Differenzen zwischen der Anzahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den genannten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, wie z. B. die Übergabe an zur Abholung berechnigte Personen.

14. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Ablehnung gesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
Gesamt	15.841	3.914	24,7%
darunter:			
Syrien	12	0	0,0%
Irak	1.826	66	3,6%
Iran	1.682	35	2,1%
Türkei	1.139	95	8,3%
Afghanistan	872	24	2,8%
Nigeria	1.323	179	13,5%
Ungeklärt	239	86	36,0%
Somalia	384	8	2,1%
Eritrea	82	5	6,1%
Russische Föderation	849	103	12,1%
Guinea	508	89	17,5%
Georgien	679	379	55,8%
Pakistan	483	73	15,1%
Albanien	402	390	97,0%
Aserbaidshan	415	103	24,8%

Jahr 2018	Ablehnung gesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
Gesamt	75.395	18.436	24,5%
darunter:			
Syrien	69	22	31,9%
Irak	7.627	243	3,2%
Iran	5.192	113	2,2%
Nigeria	5.809	676	11,6%
Türkei	4.307	376	8,7%
Afghanistan	6.406	118	1,8%
Eritrea	337	16	4,7%
Somalia	1.749	49	2,8%
Ungeklärt	1.550	698	45,0%
Russische Föderation	4.037	336	8,3%
Georgien	4.128	2.103	50,9%
Guinea	1.893	290	15,3%
Pakistan	2.659	367	13,8%
Albanien	1.776	1.734	97,6%
Aserbaidshan	1.710	321	18,8%

15. Wie viele so genannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Im Berichtszeitraum wurden keine unbegleiteten Antragsteller unter 18 Jahren an Flughäfen erfasst.

Die weiteren Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Staatsangehörigkeit	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Gesamt	128	52	56	0
darunter:				
Syrien	9	7	0	0
Irak	7	5	1	0
Iran	12	7	6	0
Türkei	8	3	3	0
Afghanistan	8	6	2	0
Nigeria	1	0	1	0
Ungeklärt	6	0	6	0
Somalia	3	1	1	0
Eritrea	0	0	0	0
Russische Föderation	10	2	1	0

4. Quartal 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Gesamt	128	52	56	0
darunter:				
Flughafen Frankfurt	107	52	52	0
Flughafen München	21	0	4	0

Jahr 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Staatsangehörigkeit	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Gesamt	564	253	229	0
darunter:				
Syrien	41	31	5	0
Irak	30	18	9	0
Iran	98	65	21	0
Nigeria	2	0	2	0
Türkei	38	22	13	0
Afghanistan	30	24	4	0
Eritrea	4	2	0	0
Somalia	13	1	10	0
Ungeklärt	11	2	7	0
Russische Föderation	23	9	7	0

Jahr 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offensichtlich unbegründet	eingestellt
Gesamt	564	253	229	0
darunter:				
Flughafen Düsseldorf	1	0	0	0
Flughafen Frankfurt	475	253	214	0
Flughafen München	88	0	15	0

16. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2018 (bitte jeweils in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 19/4961 in der Antwort zu Frage 20 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, unterschiedliche Instanzen, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

[illegible]

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 31.12 2018	Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.-Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Marokko	869	997	0	16	1	17	373	37,4%	590	59,2%	1.057
Tunesien	430	383	0	11	0	0	112	29,2%	260	67,9%	467
Algerien	875	1.008	0	5	0	11	334	33,1%	658	65,3%	1.094
Albanien	1.292	2.454	0	3	7	83	699	28,5%	1.662	67,7%	2.740
Serbien	1.199	2.028	0	0	0	34	544	26,8%	1.450	71,5%	2.033
Nordmazedonien	1.240	1.755	0	2	0	37	529	30,1%	1.187	67,6%	1.728
Kosovo	791	1.656	0	2	6	75	489	29,5%	1.084	65,5%	1.844
Ghana	835	1.127	0	3	0	13	467	41,4%	644	57,1%	1.512
Bosnien und Herzegowina	345	545	0	0	3	24	178	32,7%	340	62,4%	549
Senegal	311	388	1	0	1	14	165	42,5%	207	53,4%	494
Montenegro	159	279	0	0	0	3	86	30,8%	190	68,1%	235

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 31.12 2018	Berufungen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art.16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrens-erledigungen (z.B. Rücknahmen)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.712	1.495	-	76	1	52	910	60,9	456	30,5%	1.569
darunter:											
Syrien	1.266	1.123	0	68	0	35	857	76,3%	163	14,5%	1.139
Afghanistan	193	180	0	0	0	11	7	3,9%	162	90,0%	146
Somalia	23	22	0	0	1	3	1	4,5%	17	77,3%	34
Russische Föderation	20	3	0	0	0	0	1	33,3%	2	66,7%	33
Eritrea	20	6	0	0	0	0	4	66,7%	2	33,3%	20
Libyen	20	18	0	0	0	0	2	11,1%	16	88,9%	4
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	18	23	0	0	0	0	5	21,7%	18	78,3%	0
Guinea	18	17	0	0	0	0	6	35,3%	11	64,7%	2
Irak	16	5	0	0	0	2	0	0,0%	3	60,0%	31
Ungeklärt	16	22	0	3	0	0	6	27,3%	13	59,1%	27
Kosovo	10	7	0	0	0	0	0	0,0%	7	100,0%	12
Pakistan	10	9	0	0	0	0	1	11,1%	8	88,9%	17
Albanien	8	8	0	0	0	0	7	87,5%	1	12,5%	1
sonst. asiat. Staatsangeh.	8	8	0	3	0	0	0	0,0%	5	62,5%	12
Äthiopien	7	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	11
Marokko	2	2	0	0	0	0	1	50,0%	1	50,0%	1
Tunesien	0	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	0
Algerien	1	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	1
Georgien	4	1	0	0	0	1	0	0,0%	0	0,0%	4
Armenien	4	5	0	0	0	0	0	0,0%	5	100,0%	6
Türkei	1	1	0	0	0	0	0	0,0%	1	100,0%	3
Albanien	8	8	0	0	0	0	7	87,5%	1	12,5%	1
Serbien	2	4	0	0	0	0	0	0,0%	4	100,0%	3
Nordmazedonien	1	1	0	0	0	0	1	100,0%	0	0,0%	0
Ghana	0	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	0

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 31.12 2018	Berufungen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art.16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Bosnien und Herzegowina	0	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	0
Senegal	1	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	1
Montenegro	0	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0,0%	0

Erst- und Folgeanträge												
01.01. – 31.12 2018	Revisionen		Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art.16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)			
							absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	39	16	-	1	-	-	3	18,8%	12	75,0%	49	
darunter:												
Syrien	12	1	-	-	-	-	-	0,0%	1	100,0%	16	
Eritrea	7	3	-	-	-	-	2	66,7%	1	33,3%	7	
Afghanistan	5	2	-	-	-	-	1	5,0%	1	50,0%	4	
sonst. asiat. Staatsangeh.	5	7	-	1	-	-	-	0,0%	6	85,7%	1	
Mauretanien	3	1	-	-	-	-	-	0,0%	1	0,0%	2	
Ungeklärt	3	2	-	-	-	-	-	0,0%	2	100,0%	1	
Algerien	1	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	1	
Somalia	1	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	1	
Ägypten	1	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	1	
Irak	1	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	1	
Russische Föderation	-	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	1	
Iran	-	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	4	
Staatenlos	-	-	-	-	-	-	-	0,0%	-	0,0%	9	

Widerrufsverfahren									
01.01. – 31.12. 2018	Klagen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrens- erledigungen (z.B. Rücknahmen)		
				absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	
Staatsangehörigkeiten gesamt	459	151	56	37,1%	19	12,6%	76	50,3%	676
darunter:									
Syrien	109	31	9	29,0%	3	9,7%	19	61,3%	137
Irak	100	21	6	28,6%	2	9,5%	13	61,9%	128
Afghanistan	71	21	4	19,0%	4	19,0%	13	61,9%	105
Russische Föderation	28	-	-	-	-	-	-	-	44
Ungeklärt	19	10	7	70,0%	1	10,0%	2	20,0%	39
Türkei	14	15	5	33,3%	3	20,0%	7	46,7%	44
Somalia	10	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	13
Kosovo	9	10	8	80,0%	-	0,0%	2	20,0%	11
Nigeria	8	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	9
Armenien	8	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	10
Iran	7	2	1	50,0%	-	0,0%	1	50,0%	16
Jordanien	7	4	2	50,0%	-	0,0%	2	50,0%	5
Pakistan	7	6	1	16,7%	4	66,7%	1	16,7%	5
Eritrea	5	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	8
Nordmazedonien	4	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	3
Marokko	4	1	-	0,0%	-	0,0%	1	100,0%	4
Tunesien	2	1	1	100,0%	-	0,0%	-	0,0%	2
Algerien	2	-	-	-	-	-	-	-	2
Georgien	1	-	-	-	-	-	-	-	2
			-						
Albanien	3	-	-	-	-	-	-	-	3
Serbien	2	2	2	100,0%	-	0,0%	-	0,0%	7
Ghana	3	-	-	-	-	-	-	-	3
Bosnien und Herzegowina	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Senegal	-	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	-
Montenegro	-	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	-

Widerrufsverfahren									
01.01. – 31.12. 2018	Berufungen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrens- erledigungen (z.B. Rücknahmen)		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil			
Staatsangehörigkeiten gesamt	1	1	1	100,0%	-	0,0%	-	0,0%	12
darunter									
Afghanistan	1	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	5
Türkei	-	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	1
Togo	-	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	3
Irak	-	1	1	100,0%	-	0,0%	-	0,0%	3

Es gab im Betrachtungszeitraum keine Revisionen bei Widerrufsverfahren.

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01. – 31.12. 2018	12,5	16,9

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01. – 31.12. 2018	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	15.520	3.873	19.393
darunter:			
Nigeria	2.054	613	2.667
Irak	1.446	545	1.991
Iran	1.130	394	1.524
Russische Föderation	1.128	167	1.295
Afghanistan	961	197	1.158
Eritrea	742	230	972
Syrien	676	264	940
Somalia	733	203	936
Gambia	608	169	777
Guinea	540	125	665
Aserbaidshen	551	96	647
Ungeklärt	421	108	529
Armenien	366	93	459
Pakistan	390	58	448
Türkei	343	82	425

Algerien	178	24	202
Marokko	162	29	191
Georgien	84	9	93
Tunesien	69	9	78
Senegal	69	11	80
Ghana	166	20	186
Albanien	60	5	65
Kosovo	57	1	58
Nordmazedonien	32	5	37
Serbien	32		32
Bosnien und Herzegowina	11		11
Montenegro	3		3

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublinverfahren (in Tagen)

01.01. – 31.12. 2018	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	60,5	30,5	31,4
darunter:			
Syrien	72,1	26,7	36,1
Irak	67,5	28,1	30,4
Türkei	61,5	39,2	23,1
Iran	60,9	15,3	23,0
Afghanistan	54,4	25,9	33,6
Nigeria	66,3	36,3	29,8
Somalia	61,7	33,2	37,9
Ungeklärt	51,9	16,5	30,0
Russische Föderation	74,8	45,4	41,3
Eritrea	48,8	31,6	36,1
Guinea	66,3	26,3	34,8
Moldau (Republik)	25,2		
Georgien	59,1		
Pakistan	43,2	29,3	14,7
Albanien	41,2	49,0	4,0
Marokko	52,0	20,9	38,3
Tunesien	80,0	82,3	
Algerien	52,5	2,0	48,5
Armenien	48,4	37,2	20,5
Bosnien und Herzegowina	25,8	8,0	
Ghana	51,1	26,1	19,3
Kosovo	67,1		16,0
Nordmazedonien	22,1	13,0	
Senegal	50,0	25,2	26,0
Montenegro	20,0		

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

01.01. – 31.12. 2018	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	43.113	10.551	53.664
darunter:			
Nigeria	4.321	1.163	5.484
Irak	3.091	999	4.090
Afghanistan	2.368	983	3.351
Syrien	2.183	1.106	3.289
Russische Föderation	2.479	562	3.041
Iran	1.964	604	2.568
Gambia	1.556	468	2.024
Somalia	1.398	574	1.972
Georgien	1.825	117	1.942
Armenien	1.381	273	1.654
Pakistan	1.282	318	1.600
Ungeklärt	1.240	309	1.549
Aserbaidshan	1.301	218	1.519
Eritrea	1.093	381	1.474
Albanien	1.097	102	1.199
Türkei	890	276	1.166
Algerien	490	57	547
Marokko	458	89	547
Tunesien	199	25	224
Serbien	1.085	54	1.139
Nordmazedonien	1.009	77	1.086
Kosovo	773	73	846
Ghana	682	102	784
Senegal	299	46	345
Bosnien und Herzegowina	301	21	322
Montenegro	197	10	207

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

01.01. – 31.12. 2018	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	65,0	34,9	36,5
darunter:			
Nigeria	86,8	48,0	41,0
Irak	60,1	30,3	40,4
Afghanistan	55,6	27,8	41,4
Syrien	63,1	35,1	32,2
Russische Föderation	85,8	38,5	29,5
Iran	64,0	18,3	27,6
Gambia	86,7	61,1	78,7
Georgien	35,0	22,5	22,2
Somalia	68,2	50,2	49,4
Armenien	47,7	27,1	16,9
Pakistan	89,6	38,9	52,8
Ungeklärt	61,0	34,6	29,3
Aserbaidshon	54,1	22,8	25,0
Eritrea	62,2	36,4	50,1
Albanien	51,3	58,6	28,7
Marokko	49,8	16,2	35,4
Tunesien	76,3	43,8	12,7
Algerien	48,8	44,4	47,3
Türkei	60,4	30,3	24,5
Bosnien und Herzegowina	64,3	54,2	57,3
Kosovo	73,8	55,6	42,0
Nordmazedonien	61,1	64,6	44,7
Montenegro	42,0	20,7	21,6
Serbien	56,2	68,1	43,5
Ghana	54,4	24,7	55,0
Senegal	106,2	49,5	53,2

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2018 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die folgenden Rechtsmittel gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 31. Dezember 2018 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31.12.2018						
nach Staatsangehörigkeit	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nichtzulassungsbeschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	34.921	4.018	1.086	16	12	40.053
darunter:						
Syrien	25.684	3.618	1.030	16	10	30.358
Irak	3.700	75	6			3.781
Eritrea	1.412	92	11			1.515
Ungeklärt	1.386	83	19		1	1.489
Afghanistan	759	8				767
Staatenlos	476	100	4			580
Somalia	338	2				340
Jemen	317	8				325
sonst. asiat. Staatsangeh.	158	24	11		1	194
Iran	121					121

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31.12.2018						
nach Bundes- ländern	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nichtzulassungs- beschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	34.921	4.018	1.086	16	12	40.053
darunter:						
Baden- Württemberg	4.399	103	51	1	2	4.556
Bayern	2.640	925	72			3.637
Berlin	3.842	43	107			3.992
Brandenburg	1.742	2	6			1.750
Bremen	173	1	7			181
Hamburg	908	19	6		6	939
Hessen	5.867	449	48			6.364
Mecklenburg- Vorpommern	203	236	39		2	480
Niedersachsen	4.155	1.135	494			5.784
Nordrhein- Westfalen	8.446	515	103	12		9.076
Rheinland-Pfalz	289	41	12	1		343
Saarland	89	1	79		2	171
Sachsen	532	48	10			590
Sachsen-Anhalt	331	74	1			406
Schleswig- Holstein	860	303	49	2		1.214
Thüringen	444	123	2			569
unbekannt	1					1

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 wurde bei folgenden Rechtsmitteln wie dargestellt entschieden:

Klagen:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	36.367	30	9.976	26.537
darunter:				
Syrien	29.546	23	8698	20.825
Irak	2.481	1	155	2.325
Ungeklärt	1.388		345	1.043
Eritrea	1.033		157	876
Staatenlos	565		336	229
Afghanistan	523		87	436
Somalia	192		37	155
sonst. asiat. Staatsangeh.	169		81	88
Jemen	151	4	13	134
Sudan (ohne Südsudan)	62		27	35

nach Bundes- ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	36.367	30	9.976	26.361
Baden- Württemberg	4.828		3.096	1.732
Bayern	2.084		799	1.285
Berlin	2.443		113	2.330
Brandenburg	142		7	135
Bremen	339		54	285
Hamburg	1.019	1	72	946
Hessen	3.362	1	1.780	1.581
Mecklenburg- Vorpommern	489		55	434
Niedersachsen	3.390	8	624	2.758
Nordrhein- Westfalen	10.659	13	2.186	8.460
Rheinland-Pfalz	2.427	1	224	2.202
Saarland	383		6	377
Sachsen	954	1	316	637
Sachsen-Anhalt	1.353	1	423	929
Schleswig- Holstein	1.846	4	58	1.784
Thüringen	649		163	486

Anträge auf Zulassung der Berufung:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrags	Ablehnung des Antrags	Einstellung des Antrags
Gesamt	1.806	1.035	506	265
darunter:				
Syrien	1.683	1002	446	235
Ungeklärt	59	12	40	7
sonst. asiat. Staatsangeh.	21	6	3	12
Staatenlos	20	5	10	5
Sudan (ohne Südsudan)	17	10	1	6
Eritrea	5		5	
Ruanda	1		1	

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrags	Ablehnung des Antrags	Einstellung des Antrags
Gesamt	1.806	1.035	506	265
Baden-Württemberg	96	24	72	
Bayern	91	48	21	22
Berlin	289	104	180	5
Brandenburg	2	1	1	
Bremen	10	10		
Hamburg	13	7		6
Hessen	46	3	31	12
Mecklenburg-Vorpommern	3	1	2	
Niedersachsen	644	550	37	57
Nordrhein-Westfalen	254	231	21	2
Rheinland-Pfalz	7	1	6	
Saarland	3	3		
Sachsen	163	1	9	153
Sachsen-Anhalt	123		123	
Schleswig-Holstein	43	43		
Thüringen	19	8	3	8

Berufungen:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	1.115		75	1.040
darunter:				
Syrien	769		67	1.006
Ungeklärt	17		3	17
Staatenlos	7		2	7
sonst. asiat. Staatsangeh.	6		3	5
Eritrea	2			4
Personen aus den palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	1			1

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	1.115		75	1.040
darunter:				
Baden-Württemberg	2			2
Bayern	18		1	17
Berlin	10			10
Bremen	6			6
Hamburg	9			9
Hessen	51		40	11
Mecklenburg-Vorpommern	3		2	1
Niedersachsen	258			258
Nordrhein-Westfalen	149		1	148
Rheinland-Pfalz	258		1	257
Saarland	252		13	239
Sachsen	19		12	7
Schleswig-Holstein	71			71
Thüringen	9		5	4

Nichtzulassungsbeschwerden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	25		16	9
darunter:				
Syrien	25		16	9

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	25		16	9
darunter:				
Berlin	1		1	
Niedersachsen	14		10	4
Nordrhein-Westfalen	7		4	3
Saarland	2			2
Schleswig-Holstein	1		1	

Revisionen:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	11		1	10
darunter:				
sonst. asiat. Staatsangeh.	7		1	6
Ungeklärt	2			2
Eritrea	2			2

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	11		1	10
Berlin	2			2
Saarland	9		1	8

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2018 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig bzw. Dublin-Bescheid)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen gesamt			davon: Entscheidung "abgelehnt"			davon: Entscheidung "o. u. abgelehnt"			davon: Entscheidung "Unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	216.873	116.266	53,6%	56.959	51.427	90,3%	18.436	10.992	59,6%	59.123	44.412	75,1%
Syrien	43.875	12.654	28,8%	47	43	91,5%	22	19	86,4%	7.373	6.613	89,7%
Irak	20.033	12.132	60,6%	7.384	6.644	90,0%	243	166	68,3%	5.490	4.492	81,8%
Afghanistan	18.627	10.565	56,7%	6.288	5.901	93,8%	118	93	78,8%	4.981	3.861	77,5%
Nigeria	13.035	9.866	75,7%	5.133	4.752	92,6%	676	555	82,1%	5.043	4.420	87,6%
Iran	11.430	7.762	67,9%	5.079	4.902	96,5%	113	98	86,7%	3.355	2.731	81,4%
Türkei	9.117	4.726	51,8%	3.931	3.680	93,6%	376	309	82,2%	837	684	81,7%
Somalia	8.168	4.112	50,3%	1.700	1.570	92,4%	49	38	77,6%	2.953	2.303	78,0%
Russische Föderation	8.126	5.947	73,2%	3.701	3.384	91,4%	336	228	67,9%	2.877	2.368	82,3%
Eritrea	7.603	2.401	31,6%	321	301	93,8%	16	14	87,5%	1.866	1.481	79,4%
Ungeklärt	5.329	2.490	46,7%	852	669	78,5%	698	523	74,9%	1.429	1.099	76,9%
Georgien	5.164	3.499	67,8%	2.025	1.665	82,2%	2.103	1.455	69,2%	632	336	53,2%
Pakistan	4.822	3.718	77,1%	2.292	2.099	91,6%	367	264	71,9%	1.796	1.347	75,0%
Gambia	4.329	3.163	73,1%	1.929	1.710	88,6%	636	445	70,0%	1.223	965	78,9%
Guinea	3.893	2.679	68,8%	1.603	1.440	89,8%	290	237	81,7%	1.278	985	77,1%
Armenien	3.274	2.521	77,0%	1.378	1.247	90,5%	603	474	78,6%	997	805	80,7%
Albanien	3.229	1.195	37,0%	24	20	83,3%	1.286	468	36,4%	1.375	564	41,0%
Nordmazedonien	2.604	1.115	42,8%	20	14	70,0%	652	338	51,8%	683	323	47,3%
Serbien	2.885	1.058	36,7%	22	18	81,8%	712	460	64,6%	350	244	69,7%
Kosovo	1.473	674	45,8%	6	3	50,0%	378	133	35,2%	416	156	37,5%
Ghana	1.221	727	59,5%	5	3	60,0%	182	122	67,0%	242	139	57,4%
Bosnien und Herzegowina	870	301	34,6%	6	4	66,7%	189	72	38,1%	192	73	38,0%
Senegal	459	265	57,7%	5	3	60,0%	182	122	67,0%	242	139	57,4%
Montenegro	400	151	37,8%	6	4	66,7%	189	72	38,1%	192	73	38,0%

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Gericht Stand: 31.12.2018	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
bei Gericht anhängige Verfahren	312.577
Bundesverwaltungsgericht	46
VGH Baden-Württemberg	99
VG Freiburg	10.095
VG Karlsruhe	13.289
VG Sigmaringen	8.321
VG Stuttgart	16.941
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	54
VG Ansbach	8.453
VG Augsburg	3.563
VG Bayreuth	4.063
VG München	18.456
VG Regensburg	5.841
VG Würzburg	2.759
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	82
OVG Berlin-Brandenburg	128
VG Berlin	18.450
VG Cottbus	3.628
VG Frankfurt / Oder	4.183
VG Potsdam	6.731
OVG der Freien Hansestadt Bremen	10
VG Bremen	2.210
Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht	23
VG Hamburg	7.402
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	76
VG Darmstadt	6.406
VG Frankfurt/Main	5.984
VG Kassel	6.168
VG Wiesbaden	6.241
VG Gießen	8.252
Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht	497
VG Braunschweig	4.333
VG Hannover	8.313
VG Oldenburg	5.532

Gericht Stand: 31.12.2018	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Osnabrück	4.083
VG Stade	3.663
VG Lüneburg	2.575
VG Göttingen	2.038
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	164
VG Aachen	5.946
VG Arnsberg	10.117
VG Düsseldorf	14.103
VG Gelsenkirchen	11.048
VG Köln	12.176
VG Minden	8.764
VG Münster	6.558
OVG Rheinland-Pfalz	47
VG Trier	9.709
OVG des Saarlands	82
VG des Saarlandes	714
Schleswig-Holsteinisches OVG	72
VG Schleswig-Holstein	10.853
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	2.300
VG Halle	1.687
Thüringer Oberverwaltungsgericht	10
VG Gera	502
VG Meiningen	2.559
VG Weimar	1.929
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	126
VG Chemnitz	4.779
VG Dresden	4.065
VG Leipzig	2.379
OVG Mecklenburg-Vorpommern	67
VG Greifswald	1.122
VG Schwerin	1.710

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2018 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 01.01. – 31.12. 2018			
Staatsangehörigkeit	Summe	davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	34.001	29.215	4.786
darunter:			
Syrien	12.391	11.055	1.336
Irak	1.575	1.397	178
Iran	1.478	1.302	176
Nigeria	368	217	151
Türkei	217	133	84
Afghanistan	11.904	10.507	1.397
Eritrea	338	274	64
Somalia	525	447	78
Ungeklärt	1.157	644	513
Russische Föderation	403	293	110
Georgien	46	38	8
Guinea	64	38	26
Pakistan	862	692	170
Albanien	147	138	9
Aserbaidshan	97	66	31

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 01.01. – 31.12. 2018	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	3.536
darunter:	
Syrien	976
Irak	198
Iran	174
Nigeria	112
Türkei	36
Afghanistan	857
Eritrea	151
Somalia	255
Ungeklärt	194
Russische Föderation	150
Georgien	3
Guinea	36
Pakistan	23
Albanien	15
Aserbaidshan	10

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen

Zeitraum: 01.01. – 31.12. 2018	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	183
darunter:	
Syrien	17
Irak	1
Iran	1
Nigeria	19
Türkei	3
Afghanistan	38
Eritrea	2
Somalia	6
Ungeklärt	4
Russische Föderation	13
Georgien	2
Guinea	1
Pakistan	1
Albanien	7
Aserbaidshan	5

- e) Bei wie vielen der Klagen und Rechtsschutzanträge im Asylbereich im Jahr 2018 ging es um Dublin-Bescheide (inklusive Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat, bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie wurden diese Verfahren im Jahr 2018 entscheiden (bitte in absoluten und relativen Zahlen und so differenziert wie möglich angeben)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Anhängige Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden (zusätzlich Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)	
Staatsangehörigkeit	Summe
Nigeria	3.222
Syrien	2.675
Irak	2.386
Iran	1.800
Afghanistan	1.583
Russische Föderation	1.264
Eritrea	1.139
Somalia	1.133
Gambia	756
Guinea	743
Ungeklärt	671
Aserbaidshan	622
Pakistan	477
Armenien	444
Türkei	414
Gesamt	23.394

Entscheidungen in Eilverfahren	
Staatsangehörigkeit	Summe
Nigeria	4.602
Irak	3.725
Syrien	3.118
Afghanistan	3.087
Russische Föderation	2.791
Iran	2.256
Gambia	1.971
Georgien	1.927
Somalia	1.822
Armenien	1.582
Pakistan	1.540
Ungeklärt	1.470
Aserbaidshan	1.417
Eritrea	1.347
Albanien	1.195
Gesamt	50.031

Klagen gegen Dublin-Bescheide (zusätzlich Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)	
Staatsangehörigkeit	Summe
Syrien	6.549
Irak	3.664
Nigeria	3.645
Afghanistan	2.533
Iran	2.165
Somalia	2.046
Russische Föderation	1.726
Eritrea	1.439
Guinea	916
Ungeklärt	878
Gambia	870
Aserbaidshan	676
Pakistan	573
Türkei	533
Armenien	498
Gesamt	34.329

01.01.– 31.12.2018	Gerichtsentscheidungen im Dublinverfahren												
Staatsangehörigkeit	Gesamt	Flüchtlingsschutz gem. § 31 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 41 AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledigung		Abschiebungsandrohung	
		ab- solut	An- teil	ab- solut	An- teil	ab- solut	An- teil	ab- solut	An- teil	ab- solut	An- teil	ab- solut	An- teil
Syrien	3.313	61	1,8%		0,0%	910	27,5%	124	3,7%	2.207	66,6%	11	0,3%
Irak	2.084	5	0,2%	11	0,5%	84	4,0%	44	2,1%	1.939	93,0%	1	0,0%
Nigeria	1.653		0,0%		0,0%	8	0,5%	46	2,8%	1.598	96,7%	1	0,1%
Russische Föderation	1.578	10	0,6%	4	0,3%	13	0,8%	84	5,3%	1.462	92,6%	5	0,3%
Afghanistan	1.288	13	1,0%	3	0,2%	144	11,2%	36	2,8%	1.090	84,6%	2	0,2%
Somalia	1.251	4	0,3%	6	0,5%	53	4,2%	20	1,6%	1.167	93,3%	1	0,1%
Iran	869	18	2,1%		0,0%	19	2,2%	13	1,5%	819	94,2%		0,0%
Eritrea	837	7	0,8%	2	0,2%	35	4,2%	14	1,7%	777	92,8%	2	0,2%
Gambia	792		0,0%		0,0%		0,0%	17	2,1%	775	97,9%		0,0%
Guinea	750		0,0%		0,0%	1	0,1%	12	1,6%	737	98,3%		0,0%
Aserbaidshan	529		0,0%		0,0%		0,0%	21	4,0%	508	96,0%		0,0%
Ungeklärt	485	1	0,2%	1	0,2%	64	13,2%	9	1,9%	410	84,5%		0,0%
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	465		0,0%		0,0%		0,0%	13	2,8%	451	97,0%	1	0,2%
Pakistan	446	7	1,6%	1	0,2%	5	1,1%	27	6,1%	406	91,0%		0,0%
Sudan (ohne Südsudan)	405	3	0,7%		0,0%	6	1,5%	4	1,0%	392	96,8%		0,0%

17. Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das Jahr 2018, und ist die Bundesregierung bereit einzugestehen, dass die relativen Klagequoten der Jahre 2017 und 2018 deutlicher höher sind als in den Vorjahren (vgl. Vorbemerkung und Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), und welche Schlussfolgerungen zieht sie hieraus?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Klagequote ablehnende Bescheide
2012	58,5%
2013	57,0%
2014	55,8%
2015	31,9%
2016	39,7%
2017	73,4%
2018	75,8%

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung der Klagequote gegen ablehnende Bescheide sorgfältig.

18. Wie waren die relativen Klagequoten im Jahr 2018 in Bezug auf alle Entscheidungen des BAMF bzw. in Bezug auf (einfach) ablehnende Asylbescheide, differenziert nach Bundesländern?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Aufschlüsselung nach Bundesländern	Entscheidungen über Asylanträge im Zeitraum 01.01. – 31.12.2018					
	Gesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“		
		davon beklagt	Quote		davon beklagt	Quote
Baden-Württemberg	29.637	18.730	63,2%	10.062	9.262	92,0%
Bayern	29.072	17.601	60,5%	9.236	8.379	90,7%
Berlin	10.691	5.292	49,5%	2.455	2.093	85,3%
Brandenburg	6.500	4.014	61,8%	2.072	1.922	92,8%
Bremen	1.719	822	47,8%	336	303	90,2%
Hamburg	5.262	2.692	51,2%	1.170	1.086	92,8%
Hessen	16.120	8.590	53,3%	3.784	3.514	92,9%
Mecklenburg-Vorpommern	3.829	1.753	45,8%	873	741	84,9%
Niedersachsen	23.146	11.369	49,1%	5.895	5.315	90,2%
Nordrhein-Westfalen	48.756	24.338	49,9%	11.483	10.294	89,6%
Rheinland-Pfalz	9.704	4.716	48,6%	2.226	2.017	90,6%
Saarland	2.819	733	26,0%	135	125	92,6%
Sachsen	9.895	6.045	61,1%	3.186	2.786	87,4%
Sachsen-Anhalt	5.175	2.369	45,8%	776	672	86,6%
Schleswig-Holstein	9.334	4.634	49,6%	2.439	2.172	89,1%
Thüringen	5.083	2.554	50,2%	828	745	90,0%
unbekannt	131	14	10,7%	3	1	33,3%
Bundesgebiet gesamt	216.873	116.266	53,6%		56.959	51.427

19. Wie ist die Bilanz der Gerichtsentscheidungen (bitte nach jeweiligem Schutzstatus, Ablehnungen und formellen Entscheidungen differenzieren) bei Asylklagen für das Jahr 2018 nach Bundesländern differenziert (bitte gesondert auch die Werte für Syrien, Irak und Afghanistan angeben)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen							
01.01. – 31.12. 2018	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	18.777	7	3.519	163	1.242	5.139	8.707
Bayern	25.544	4	1.245	240	1.720	9.745	12.590
Berlin	7.871	5	243	107	582	2.698	4.236
Brandenburg	4.331	-	167	105	120	717	3.222
Bremen	1.072	1	101	30	54	336	550
Hamburg	4.328	2	340	116	679	1.307	1.884
Hessen	13.232	19	2.366	429	892	3.439	6.087
Mecklenburg-Vorpommern	2.900	-	73	27	60	1.341	1.399
Niedersachsen	14.165	34	1.242	178	982	5.488	6.241
Nordrhein-Westfalen	44.830	81	3.399	623	2.538	19.780	18.409
Rheinland-Pfalz	9.921	19	715	64	599	4.540	3.984
Saarland	1.223	-	17	13	212	441	540
Sachsen	8.726	10	525	223	807	3.546	3.615
Sachsen-Anhalt	4.707	3	709	103	440	1.480	1.972
Schleswig-Holstein	6.575	6	106	40	600	3.486	2.337
Thüringen	3.689	-	257	127	243	1.254	1.808
Unbekannt	14	-	-	-	-	1	13
Gesamt	171.905	191	15.024	2.588	11.770	64.738	77.594

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Afghanistan							
01.01. – 31.12. 2018	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	2.686	-	157	100	1.033	679	717
Bayern	4.777	-	141	133	1.294	1.497	1.712
Berlin	1.519	-	58	65	433	374	589
Brandenburg	596	-	78	100	101	61	256
Bremen	190	-	37	23	40	11	79
Hamburg	1.418	-	99	89	623	203	404
Hessen	3.113	4	158	257	757	809	1.128
Mecklenburg-Vorpommern	338	-	10	6	38	136	148
Niedersachsen	1.453	-	57	66	438	356	536
Nordrhein-Westfalen	4.962	-	351	183	1.665	1.540	1.223
Rheinland-Pfalz	1.663	-	145	42	333	869	274
Saarland	132	-	9	6	18	48	51
Sachsen	1.613	-	95	152	553	522	291
Sachsen-Anhalt	1.244	-	163	87	283	143	568
Schleswig-Holstein	1.731	-	20	14	408	816	473
Thüringen	813	-	81	84	174	209	265
Unbekannt	2	-	-	-	-	1	1
Gesamt	28.250	4	1.659	1.407	8.191	8.274	8.715

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Irak							
01.01. – 31.12. 2018	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	1.210	-	42	36	35	463	634
Bayern	2.043	-	28	4	48	989	974
Berlin	851	-	14	28	6	327	476
Brandenburg	82	-	-	-	10	9	63
Bremen	29	-	-	1	2	8	18
Hamburg	427	-	1	3	11	147	265
Hessen	1.355	-	13	16	38	644	644
Mecklenburg-Vorpommern	73	-	-	-	1	14	58
Niedersachsen	2.011	1	204	32	111	930	733
Nordrhein-Westfalen	5.157	1	289	317	168	2.611	1.771
Rheinland-Pfalz	142	-	3	-	6	49	84
Saarland	114	-	-	3	14	55	42
Sachsen	755	2	16	9	20	425	283
Sachsen-Anhalt	128	-	1	-	9	21	97
Schleswig-Holstein	1.122	-	9	8	98	587	420
Thüringen	674	-	20	20	24	308	302
Unbekannt	1	-	-	-	-	-	1
Gesamt	16.174	4	640	477	601	7.587	6.865

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Syrien							
01.01. – 31.12. 2018	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsyIG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsyIG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	4.418	-	2.857	6	16	707	832
Bayern	2.158	-	746	10	94	548	760
Berlin	1.762	-	83	-	62	982	635
Brandenburg	358	-	8	-	-	26	324
Bremen	380	-	52	4	2	206	116
Hamburg	875	-	1	-	-	642	232
Hessen	3.019	1	1.665	-	1	683	669
Mecklenburg-Vorpommern	555	-	23	3	-	375	154
Niedersachsen	3.186	7	459	3	230	1.929	558
Nordrhein-Westfalen	10.351	12	1.954	19	136	5.700	2.530
Rheinland-Pfalz	2.614	1	174	2	118	1.581	738
Saarland	676	-	6	-	169	278	223
Sachsen	808	1	265	-	16	292	234
Sachsen-Anhalt	1.532	1	406	-	100	637	388
Schleswig-Holstein	1.549	-	39	7	63	1.209	231
Thüringen	613	-	116	9	17	280	191
Unbekannt	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	34.854	23	8.854	63	1.024	16.075	8.815

20. Welche Angaben gibt es im BAMF zu der Kategorie „sonstiger Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2018 (bitte soweit möglich entsprechend der Fallkonstellationen in der auf Bundestagsdrucksache 19/4961 zu Frage 26 aufgeführten Tabelle auflisten)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	2018
Keine Schutzgewährung festgestellt	68.739 ³⁹
Schutzgewährung offen	4.537 ³⁷
Schutzgewährung	4.786 ⁸⁶
Summe	78.062 ⁶²

Abhilfeentscheidung	Betroffene Personen 2018
Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	15
Abschiebungsandrohung aufgehoben	57
Abschiebungsanordnung aufgehoben	162
Abschiebungsverbot gem. § 60 V AufenthG	1146
Abschiebungsverbot gem. § 60 VII AufenthG	278
anerkannt § 26 AsylG	27
anerkannt Art. 16a	54
Familienflüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	1744
Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	1016
subsidiärer Fam.Schutz	116
subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG	9
subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG	122
subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	40
Summe	4786

21. Wie ist der aktuelle Stand der Planungen zu Änderungen im Gerichtsverfahrensrecht zur schnelleren gerichtlichen Klärung von Grundsatzfragen im Asylrecht, und wann ist mit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs zu rechnen (bitte ausführen)?

Das BMI hat einen Gesetzentwurf erstellt, für den in Kürze die Ressortabstimmung eingeleitet werden soll.

22. Wie viele rechtswidrige Abschiebungen trotz laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens gab es im Jahr 2018 (bitte mit kurzer Fehleranalyse auflisten)?

In Anlehnung an die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/3922 wird die Frage dahingehend verstanden, dass sie Abschiebungen im Sinne des § 58 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes betrifft. Dem BAMF sind vier Fälle bekannt geworden, in denen die Abschiebung trotz anhängiger Klageverfahren erfolgte. In einem der fünf Fälle in o. g. Antwort ist ein damals bestehendes Abschiebeverbot im Falle einer nach Tunesien abgeschobenen Person zwischenzeitlich aufgehoben worden. Die fünf Fälle im Jahr 2018 betreffen jeweils einen Fall nach Afghanistan, Marokko, Simbabwe, Tunesien und VR China.

23. Wie viele Asylanhörungen gab es im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen 4. Quartal 2018	Anzahl
Staatsangehörigkeiten gesamt	27.174
darunter:	
Syrien	7.104
Irak	2.980
Iran	2.786
Türkei	1.953
Afghanistan	1.377
Nigeria	1.342
Ungeklärt	501
Somalia	706
Eritrea	685
Russische Föderation	512
Guinea	755
Georgien	535
Pakistan	497
Albanien	348
Aserbaidshan	242

Anhörungen Jahr 2018	Anzahl
Staatsangehörigkeiten gesamt	114.544
darunter:	
Syrien	26.200
Irak	11.372
Iran	8.817
Türkei	7.199
Afghanistan	6.774
Nigeria	7.341
Ungeklärt	2.165
Somalia	4.083
Eritrea	4.136
Russische Föderation	2.587
Guinea	2.929
Georgien	2.660
Pakistan	2.291
Albanien	1.292
Aserbaidshan	1.109

24. Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen, Georgien, Armenien und der Türkei im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	4. Quartal 2018			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	2.724	1.324	49,1%	53,8%
Algerien	247	7	1,9%	4,3%
Georgien	903	10	1,1%	1,5%
Armenien	310	26	4,9%	7,5%
Libyen	151	53	22,4%	39,6%
Marokko	291	13	3,4%	6,2%
Tunesien	168	4	2,0%	4,3%
Ägypten	162	24	11,5%	17,4%

Staatsangehörigkeit	Jahr 2018			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	10.655	3.772	41,4%	46,7%
Algerien	1.527	38	1,8%	4,4%
Georgien	4.265	62	1,2%	1,5%
Armenien	1.917	172	5,3%	8,0%
Libyen	938	216	16,6%	32,8%
Marokko	1.389	73	4,1%	8,0%
Tunesien	704	19	2,2%	5,2%
Ägypten	807	123	12,6%	18,9%

25. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018				Entscheidungen über Asylanträge 4. Quartal 2018						
Staatsangehörigkeit	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	649	289	360	648	-	-	-	4	323	321
davon Roma	537	206	331	535	-	-	-	3	246	286
Kosovo	249	138	111	272	-	1	1	4	127	139
davon Roma	79	42	37	93	-	-	-	1	44	48
Nordmazedonien	655	322	333	640	-	-	-	3	315	322
davon Roma	474	215	259	443	-	-	-	1	203	239
Montenegro	73	15	58	76	-	-	-	-	22	54
davon Roma	49	10	39	46	-	-	-	-	12	34
Albanien	760	499	261	777	-	-	1	3	402	371
davon Roma	111	56	55	77	-	-	-	1	30	46
Bosnien und Herzegowina	246	93	153	208	-	-	-	1	81	126
davon Roma	160	49	111	135	-	-	-	-	46	89

Jahr 2018				Entscheidungen über Asylanträge Jahr 2018						
Staatsangehörigkeit	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	2.606	1.101	1.505	2.885	-	2	1	17	1.310	1.555
davon Roma	2.128	767	1.361	2.357	-	2	1	12	986	1.356
Kosovo	1.224	563	661	1.473	-	1	1	28	672	771
davon Roma	427	152	275	517	-	-	-	6	228	283
Nordmazedonien	2.472	1.247	1.225	2.604	-	2	4	16	1.335	1.247
davon Roma	1.663	766	897	1.728	-	1	1	5	851	870
Montenegro	377	152	225	400	-	-	-	1	195	204
davon Roma	207	67	140	213	-	-	-	1	97	115
Albanien	2.941	1.877	1.064	3.229	1	6	8	25	1.776	1.413
davon Roma	314	174	140	315	-	-	-	1	132	182
Bosnien und Herzegowina	870	408	462	870	-	-	2	5	384	479
davon Roma	570	216	354	593	-	-	2	1	237	353

26. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF und zu unterstützenden Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich der Asylprüfung?

Im Haushaltsjahr 2019 wurden dem BAMF insgesamt 8 177,9 Haushaltsstellen zur Bewirtschaftung zugewiesen. Davon sind mit Stand vom 1. Februar 2019 6 251 Stellen mit Dauerpersonal besetzt. Weitere ca. 375 Stellen sind mit befristet eingestelltem Personal besetzt.

Diese Stellen werden im Laufe des Jahres 2019 überwiegend in Dauerstellen übergehen. Das BAMF nutzt die verfügbaren Dauerstellen dazu, befristetes Personal – bei Eignung – in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. So konnten seit Beginn 2018 insgesamt über 2 600 Mitarbeitende in Dauerarbeitsverhältnisse übernommen werden. Stellen, die nicht für die Übernahme befristeter Arbeitnehmer vorgehalten werden, nutzt das BAMF dazu neues Personal zu gewinnen. So befinden sich momentan 619 Vollzeitäquivalente (VZÄ) in 142 Stellenbesetzungsverfahren im Personalgewinnungsprozess, hiervon entfallen 191 VZÄ auf den Asylbereich. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres alle verfügbaren Dauerstellen ausgeschrieben zu haben.

Für die im Asylverfahren eingesetzten Mitarbeitenden stehen seit 2018 spezielle Schulungsangebote zur Verfügung, die im Anschluss an die Einstellung direkt für die zu übernehmende Aufgabe qualifizieren. So wurden Qualifizierungsmaßnahmen für SB-E (Sachbearbeiter-Entscheider), SB-Prozess (Sachbearbeiter-Prozess) und BSB-AVS (Bürosachbearbeiter im Asylverfahrenssekretariat) bereits vielfach erfolgreich durchgeführt und werden durch Fachmodule, wie z. B. „Dublin“, ergänzt. Aktuell befinden sich weitere Qualifizierungsmaßnahmen z. B. für BSB-Prozess (Bürosachbearbeiter-Prozess) in Vorbereitung und können zeitnah angeboten werden. Die Schulung aller geplanten Neueinstellungen ist hierdurch gesichert. Darüber hinaus werden im Jahr 2019 Qualifizierungsmaßnahmen für den Themenkomplex „Regelüberprüfung/Widerruf/Rücknahme“ fokussiert. Daneben ist die Intensivierung der länderspezifischen Kenntnisse (HKL) geplant. Zahlreiche HKL-Angebote sind für 2019 und 2020 in Vorbereitung.

27. Wie viele Asylverfahren wurden im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 eingestellt (bitte so genau wie möglich nach Gründen und nach den 15 wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	sonstige Einstellung	Gesamt
Staatsangehörigkeiten gesamt	532	717	1.249
darunter:			
Syrien	52	65	117
Irak	70	55	125
Iran	24	48	72
Nigeria	57	47	104
Türkei	21	28	49
Afghanistan	28	17	45
Eritrea	21	2	23
Somalia	25	15	40
Ungeklärt	17	15	32
Russische Föderation	28	38	66
Georgien	18	30	48
Guinea	28	18	46
Pakistan	18	10	28
Albanien	5	53	58
Aserbaidshjan	7	14	21

Jahr 2018	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	sonstige Einstellung	Gesamtergebnis
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.373	3.747	7.120
darunter:			
Syrien	249	304	553
Irak	278	287	565
Iran	93	145	238
Nigeria	228	222	450
Türkei	95	124	219
Afghanistan	209	114	323
Eritrea	100	20	120
Somalia	124	53	177
Ungeklärt	134	65	199
Russische Föderation	243	261	504
Georgien	198	149	347
Guinea	123	46	169
Pakistan	135	76	211
Albanien	21	176	197
Aserbaidshjan	63	91	154

28. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt, wie hoch war der Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren (d. h. auch: ohne Identität von Anhörer und Entscheider) getroffen wurden, im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 (bitte jeweils absolute und relative Zahlen angeben und die wichtigsten zehn Herkunftsländer nennen), und wird eine Trennung von Anhörer und Entscheider beim Einsatz besonders qualifizierter Sonderbeauftragter bei vulnerablen Personen für notwendig erachtet, sollte in diesen Fällen nicht eine erneute Anhörung durch die Sonderbeauftragten erfolgen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu Frage 32 auf Bundestagdrucksache 19/6786)?

Zu der personellen Einheit von Anhörer und Entscheider erfolgt im BAMF keine statistische Erfassung, eine valide Einschätzung ist daher nicht möglich. Angaben zum Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren getroffen wurden, können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	50.307	4.343	8,6%
darunter:			
Syrien	12.067	886	7,3%
Irak	5.187	509	9,8%
Iran	3.535	429	12,1%
Türkei	2.698	259	9,6%
Afghanistan	3.461	399	11,5%
Nigeria	2.823	180	6,4%
Ungeklärt	1.183	116	9,8%
Somalia	1.727	190	11,0%
Eritrea	1.445	89	6,2%
Russische Föderation	1.687	79	4,7%

Jahr 2018	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	216.873	18.870	8,7%
darunter:			
Syrien	43.875	5.297	12,1%
Irak	20.033	2.193	10,9%
Iran	11.430	1.285	11,2%
Türkei	9.117	327	3,6%
Afghanistan	18.627	2.312	12,4%
Nigeria	13.035	1.244	9,5%
Ungeklärt	5.329	263	4,9%
Somalia	8.168	879	10,8%
Eritrea	7.603	322	4,2%
Russische Föderation	8.126	114	1,4%

Auf die Beantwortung vergleichbarer Kleiner Anfragen (z. B. Bundestagsdrucksache 19/5661) wird verwiesen. Eine temporäre Trennung von Anhörer und Entscheider wurde 2016 auf Grund der besonderen Situation mit hohen Zugangszahlen bestimmter Herkunftsländer mit vielfach identischen Fluchtgründen bewusst getroffen, um die Asylverfahren zu beschleunigen und den Abbau der anhängigen Verfahren zu gewährleisten. Die geltende Dienstanweisung Asyl, die eine Einheit von Anhörer und Entscheider grundsätzlich vorsieht, ist weiterhin in Kraft. Eine vollständige Rückkehr zur Einheit von Anhörer und Entscheider wird angestrebt. Im Sinne der Antragssteller soll unter bestimmten Voraussetzungen auch künftig eine Trennung (bspw. Abgabe der Verfahren vulnerabler Personen an eingesetzte und besonders qualifizierte Sonderbeauftragte) möglich bleiben. Gemäß geltender Dienstanweisung ist bei vulnerablen Personen grundsätzlich die Beteiligung

eines Sonderbeauftragten vorgesehen. Eine generelle Vorgabe zur Übernahme der Bearbeitung ist hingegen nicht Bestandteil der Dienstanweisung. Folglich ist zu prüfen, ob im jeweiligen Einzelfall durch die bestehende Vulnerabilität eine besondere Vorgehensweise in der Bearbeitung oder u. U. die Übernahme der Fallbearbeitung durch den Sonderbeauftragten angeraten ist.

29. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF getroffenen Entscheidungen zu Einreise- und Aufenthaltsverboten können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Entscheidungen zu §11 II AufenthG	Entscheidungen zu § 11 VII AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII AufenthG)
Staatsangehörigkeiten gesamt	24.274	1.550	24.602
darunter:			
Syrien	1.023	4	1.027
Irak	2.794	12	2.805
Iran	2.374	8	2.382
Türkei	1.240	3	1.242
Afghanistan	1.629	6	1.634
Nigeria	2.183	7	2.188
Ungeklärt	435	5	437
Somalia	898	6	902
Eritrea	332	0	332
Russische Föderation	1.272	6	1.278

Jahr 2018	Entscheidungen zu § 11 II AufenthG	Entscheidungen zu § 11 VII AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II AufenthG und/oder § 11 VII AufenthG)
Staatsangehörigkeiten gesamt	120.343	6.925	121.591
darunter:			
Syrien	6.196	13	6.207
Irak	11.601	23	11.622
Iran	7.906	18	7.923
Nigeria	10.062	19	10.077
Türkei	4.866	21	4.885
Afghanistan	10.254	39	10.289
Eritrea	2.090	2	2.092
Somalia	4.402	22	4.417
Ungeklärt	2.652	15	2.657
Russische Föderation	6.219	58	6.275

30. Wie viele Asylgesuche gab es im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Im Jahr 2018 haben insgesamt 10 841, davon im vierten Quartal 2018 2.356 Personen, bei der Bundespolizei und den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden um Asyl nachgesucht. Die weiteren Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	2.432
nach Grenze	
Flughäfen	780
Inland	520
Schweiz	349
Frankreich	216
Österreich	158
Belgien	144
Tschechische Republik	60
Niederlande	34
See	32
Luxemburg	26
Polen	21
Dänemark	16
nach Staatsangehörigkeit (Top-5)	
Iran	357
Nigeria	233
Afghanistan	192
Irak	189
Guinea	135
Jahr 2018	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	10.841
nach Grenze	
Flughäfen	2.819
Inland	2.351
Schweiz	1.874
Frankreich	1.130
Österreich	744
Belgien	741
Tschechische Republik	274
Dänemark	247
See	243
Polen	144
Niederlande	138
Luxemburg	136

4. Quartal 2018	Anzahl Asylnachsuchender
nach Staatsangehörigkeit (Top-5)	
Iran	1.192
Nigeria	1.147
Irak	915
Afghanistan	915
Syrien	584

31. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal 2018 bzw. im Gesamtjahr 2018 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Bundesländer gesamt	121	20	50	51
darunter:				
Baden-Württemberg	7	3	2	2
Bayern	9	3	1	5
Berlin	12	1	3	8
Bremen	4	1	2	1
Hamburg	5	4	-	1
Hessen	9	2	2	5
Mecklenburg-Vorpommern	10	-	2	8
Niedersachsen	11	1	9	1
Nordrhein-Westfalen	46	4	27	15
Saarland	1		1	-
Sachsen	3	1	-	2
Sachsen-Anhalt	2	-	-	2
Schleswig-Holstein	2	-	1	1

4. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Staatsangehörigkeiten gesamt	121	20	50	51
darunter:				
Syrien	8	-	1	7
Irak	5	-	2	3
Iran	10	-	-	10
Türkei	8	-	2	6
Afghanistan	12	3	6	3
Nigeria	1	-	-	1
Ungeklärt	1	1	-	-
Somalia	1	1	-	-
Eritrea	0	-	-	-
Russische Föderation	2	1	1	-

Jahr 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Bundesländer gesamt	798	172	357	269
darunter:				
Baden-Württemberg	85	26	35	24
Bayern	61	17	13	31
Berlin	76	18	28	30
Brandenburg	4	-	1	3
Bremen	19	3	11	5
Hamburg	64	22	25	17
Hessen	41	8	14	19
Mecklenburg-Vorpommern	17	4	4	9
Niedersachsen	45	8	20	17
Nordrhein-Westfalen	310	53	167	90
Rheinland-Pfalz	10	1	6	3
Saarland	10	1	6	3
Sachsen	16	7	1	8
Sachsen-Anhalt	7	-	3	4
Schleswig-Holstein	32	4	23	5
Thüringen	1	-	-	1

Jahr 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Staatsangehörigkeiten gesamt	798	172	357	269
darunter:				
Syrien	37	5	3	29
Irak	21	4	8	9
Iran	23	-	6	17
Türkei	49	4	22	23
Afghanistan	59	19	24	16
Nigeria	14	6	3	5
Ungeklärt	7	2	2	3
Somalia	3	1	-	2
Eritrea	-	-	-	-
Russische Föderation	39	14	16	9

32. Welche Angaben für das vierte Quartal 2018 bzw. das Gesamtjahr 2018 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern), und können inzwischen Einschätzungen dazu getroffen werden, zu welchem ungefähren Anteil ge- oder verfälschte Dokumente mit inhaltlich falschen Angaben der Betroffenen zur Identität bzw. Herkunft bzw. Staatsangehörigkeit verbunden waren, und warum liegen hierzu gegebenenfalls immer noch keine Erkenntnisse vor (bitte ausführen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2018

Top 10 der Staatsange- hörigkeiten	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente
Syrien	18.882	18.252	406	224	1,19%
Irak	6.520	6.310	132	78	1,20%
Iran	4.026	3.964	51	11	0,27%
Nigeria	331	275	45	11	3,32%
Türkei	3.707	3.255	398	54	1,46%
Afghanistan	1.810	1.648	123	39	2,15%
Eritrea	292	246	39	7	2,40%
Somalia	71	34	31	6	8,45%
Ungeklärt	1.043	1.043	-	-	-
Russische Föderation	1.256	1.198	57	1	0,08%
sonstige	5.848	4.833	932	83	1,42%
Summe	43.786	41.058	2.214	514	1,17%

Gesamtjahr 2018

Top 10 der Staatsangehörigkeiten	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente
Syrien	78.222	74.837	1.644	1.741	2,23%
Irak	28.553	27.590	544	419	1,47%
Iran	12.096	11.859	202	35	0,29%
Nigeria	1.625	1.224	346	55	3,38%
Türkei	14.181	12.536	1.364	281	1,98%
Afghanistan	7.186	6.254	616	316	4,40%
Eritrea	1.339	1.167	146	26	1,94%
Somalia	494	298	147	49	9,92%
Ungeklärt	4.663	4.630	30	3	0,06%
Russische Föderation	6.055	5.746	292	17	0,28%
sonstige	37.780	32.984	4.437	359	0,95%
Summe	192.194	17.9128	9.768	3.298	1,72%

Zum zweiten Teil der Frage können keine Angaben erfolgen, da eine derartige Datenauswertung nicht durchgeführt wird.

